

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

299 (23.12.1932)

Volkstreu



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die National-Millimeterzeile 60 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zahlungsplans, bei geschäftlicher Betreibung und bei Kontour oder Kredit tritt ein. Geschäftsver- und Geschäftsblatt 10 Karlsruher L. B. o. Südlich der Rheinstrom-Planung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Dlg. Einzelhefte 60 Pfennig. Überzahlung 1,90 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Giroverrechnung 10 Pfennig o. Giroverrechnung vormittags 11 Uhr o. Verlagsnummer 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle nebenbei: Karlsruhe L. B. Weidstraße 28 o. Fernruf 1020/1021 o. Dollestrasse-Postkasten Durack, Heußler, o. B.-Baben, Tschobanstr. 12, Rottel, Rotenstr. 2, Offenbach, Republikstr. 8

Nummer 299 Karlsruhe, Freitag, den 23. Dezember 1932 52. Jahrgang

Paul-Boncours Programm

Die neue französische Regierung vor der Kammer

Das Kabinett Paul-Boncours stellte sich am Donnerstag nachmittag dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Staatspräsident die Regierungserklärung, deren Wortlaut in einem am Vormittag stattgefundenen Ministerrat festgelegt worden war. Die Abgeordnetenbänke und Tribünen waren stark besetzt.

Die wichtigste Stelle der ziemlich umfangreichen Regierungserklärung lautet: „Die Regierung verheißt sich keineswegs die Schwierigkeiten, unter denen sie zu kämpfen haben wird, die Zusammenfassung unseres Ministeriums legt Zeugnis von unserem Willen nach Kontinuität ab. Diese Kontinuität ist nicht nur eine berechtigte und gesunde Huldigung für das Werk des Ministerpräsidenten Herrriot. Sie erscheint uns aber als notwendig, um die Autorität der Minister über die Dienststellen, die sie zu verwalten haben, aufrecht zu erhalten.“

Die Wiederherstellung der Staatsautorität

In einer Demokratie, die Ausdruck des Volkswillens ist, wird eine unier Richtlinie, der erste und wesentlichste Artikel unseres Programms sein. (Beifall auf allen Bänken.) Wir werden, wenn uns Zeit gelassen wird, und trotz aller Kämpfe, die wir bestehen müssen, die Reformen durchführen, die wir uns vorgenommen haben. (Großer Beifall links.) Zuerst müssen die Finanzen saniert, muß das Defizit beseitigt werden, und der durch das Mißverhältnis zwischen öffentlichen Ausgaben und den Erträgen der Unternehmungen in Bruch geangene Ausweis des Budgets wieder hergestellt werden. Energie Einsparungen sind notwendig und unvermeidlich. Alle Länder, die leben wollen, haben sie durchzuführen. Die Methode und die Höhe dieser Einsparungen werden wir später bekannt geben. Für diesen Weg werden wir, gegen unseren Grundgedanken an die Mitarbeit der Parlamentsausschüsse und auch an die betreffenden Personen selbst, d. h. an die Beamten und Aristokratie appellieren. Denn wir erklären, daß wir außer gemeinsamen Opfern, die alle Bürger bringen müssen, fähige Einsparnisse nur in der Reorganisation der Verwaltung, in der Abschaffung der unnützen Beamtenstellen und in der Vereinfachung des Mechanismus finden. Für den Augenblick werden wir nur ein provisorisches Budget für den Monat Januar veröffentlichen.

Die zweite unserer wichtigsten Aufgaben ist die

Quantität der Arbeit nicht der Technik der Produktion angepasst wird. Dieses Mittel muß nach unserer Auffassung auf internationalem Gebiet gesucht werden. Wir werden der vorbereitenden Konferenz, die im Januar in Genf stattfindet unsere kräftige Mitarbeit gewähren. Wir werden natürlich an keines der Gebiete rühren, die der Welt der Arbeit eine größere Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit verschaffen. Ebenso werden wir fortfahren, durch eine Gleichberechtigung beim Unterricht allen Kindern des Volkes unbegrenzte Möglichkeiten zu eröffnen. Dies sind unsere unmittelbaren Ziele. Wir bitten heute um Ihr Vertrauen.“ Die Regierungserklärung wurde bei den Nationalisten und Sozialisten mit Beifall aufgenommen.

Die Kammer trat sofort in die Debatte ein. Im Verlauf der Debatte in der Kammer erklärte Oberst Gabes, die allgemeine Abrüstung sei eine Utopie. Sie würde die Hegemonie des Reichs und Stärken bedeuten. Solange keine internationale Streitmacht zur Gewährleistung der Sicherheit vorhanden sei, müßten der Abrüstung Schutzmaßnahmen vorausgehen. Für Deutschland bedeute Abrüstung die Freiheit der Rüstungsfreiheit. Zum Schluß erklärte der Redner, er und seine Freunde könnten der Regierung nur dann das Vertrauen aussprechen, wenn die Militärausgaben Frankreichs auf einer mit der Sicherheit vereinbaren Höhe gehalten würden. Niemand wolle es, an die Vergangenheit zu erinnern. Aber er besitze in seinen Akten den Beweis dafür, daß Deutschland seit langem die Bestimmungen des Teiles V des Versailleser Vertrages übertreten habe. Gabes sprach sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen für das Zusammengehen Frankreichs mit Italien aus und protestierte gegen die ihm in den Mund gelegte „verbrecherliche“ Äußerung, daß man das Rheinland wieder beleben müsse.

Nach ihm kritisierte der Abg. Louis Marin (MSP) die Zusammenlegung des Ministeriums, das nur aus Personen bestehe, die für die Schuldensanierung in Amerika gestimmt hätten.

Ministerpräsident Paul-Boncours antwortete auf die verschiedenen Interpellationen. Frankreich habe den sicheren Misserfolg der

Abrüstungskonferenz verhindert, und man sei der Möglichkeit einer allgemeinen Kontrolle sehr nahe gekommen. Wenn Gabes behaupte, daß die Regierung sich nicht der Klugheit gegen Deutschland bedient hätte, so sei das seltsam, weil es Schriften gebe, die ihren Wert verloren hätten. Die einseitige Kontrolle, wie sie der Versailleser Vertrag vorsehe, habe man hinfällig werden lassen, weil sie eine Gewalttat voraussetze. Nur die allgemeine Kontrolle werde die Aufrüstung verhindern können.

Nach der Erklärung des Führers der Sozialisten, Léon Blum, daß er und seine Freunde sich mit der Erklärung der Regierung zufrieden geben könnten, wurde die vom radikalen Abg. Sulin und Gen. eingebrachte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt.

Sie lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie rechnet vertrauensvoll damit, daß die Regierung, die bei den allgemeinen Wahlen gewünschte Politik des Friedens, der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung der Landwirtschaft, der Landwirtschaft, des sozialen Fortschritts und der Pädagogik fortsetzen wird. Unter Ablehnung jeder weiteren Bemerkung geht die Kammer zur Tagesordnung über.

Diese Tagesordnung, für die Ministerpräsident Paul-Boncours die Vertrauensfrage stellte, wurde mit 365 gegen 215 Stimmen angenommen.

Die Kammer vertagte sich auf Dienstag nach Weihnachten.

Das Pilsudski-Regime

Für Ost-Obereschlesien will der dortige polnische Gouverneur eine neue Verfassung einführen, die von der deutschen Minderheit als Verletzung der Autonomie Ost-Obereschlesiens betrachtet wird. Auch der polnische Politiker Korantko lehnte die Regierungsvorlage ab und bezeichnete sie als Vertrauensbruch gegenüber der Bevölkerung Ost-Obereschlesiens. Der Sprecher der Pilsudski-Partei im ost-oberschlesischen Landtag dagegen billigte es, daß die Selbstverwaltung allmählich abgebaut werde. Der Sprecher der deutschen Sozialdemokratie wies auf die juristischen Widersprüche des neuen Verfassungsplanes hin, der überhaupt rechtlich unhaltbar sei. Die Beschlüsse im ost-oberschlesischen Landtag fand am Dienstag statt. Der Verfassungsplan wurde dem Ausschuss überwiesen.

Haag, 22. Dez. Die Erste Kammer hat die Jollerhöhungsvorlage der Regierung, die im November von der Zweiten Kammer gebilligt wurde, mit 25 gegen 21 Stimmen angenommen.

Fraktion der Klageweiber

Wie Adolf heulte und Goebbels schluchzte - Die „Trenschwur“-Szene um den OJaf Die Millionenschulden der Naziartei

In der neuesten, am gestrigen Donnerstag erschienenen Ausgabe des Berliner Nazi-Oppositionsblattes bekräftigt Otto Straßer, „trotz und wegen der ihm aus dem Hitlerlager gekommenen Mordandrohung“, seine Enthüllungen über die Zustände in der Hitlerpartei und über die Ursache der „Ausbohrung“ Gregor Strahers.

Gegenüber allen von den braunen Häusern gegebenen Dementis hält Otto Straßer seine von uns wiedergegebene Darstellung aufrecht. Er habe von vornherein mit der bekannten Dementiermaschine Hitlers gerechnet, sie habe jetzt wieder prompt funktioniert. Es bliebe also nichts anderes übrig, als den Wahrheitsbeweis anzutreten und Otto Straßer bietet sich an, seine Behauptungen in einem Monstreprozeß vor Gericht eiblich zu erhärten. Er fordert Hitler auf, ihm diese Gelegenheit zu geben und er werde beweisen:

1. Die Talsache der Millionenschulden der Hitlerpartei, der Nazipresse und der Naziunternehmen. Dabei dürfe sich niemand täuschen lassen, wenn die meisten dieser Unternehmen auf einen Privatnamen notariell eingetragen sind, wie zum Beispiel das Braune Haus in Breslau, bei dem als Käufer der Gauleiter Brüdnner fungiert. Offiziell hatte dieser für die noch rückständige Summe von hunderttausend Mark, deren Monatsraten von zehntausend Mark ins Stottern geraten seien. In Wahrheit seien dies aber Schulden der Naziartei.

2. Otto Straßer behauptet noch einmal, die Drohung Schleichers, der SA die Finanzierungsquellen zu verstopfen, falls Hitler „die Anlaufstift“ dem Kanzlergeneral verweigere. Hier habe auch Schleicher dementiert. Straßer ruft aber Göring als Zeugen an! Ihm gegenüber sei Schleichers Drohung gefallen. Der Kanzler habe dabei drohend auf die hinter ihm stehenden Wirtschaftskräfte gebreitet, woraus wieder einmal klar ersichtlich sei, wer die „sozialistische Arbeiterpartei“ des Herrn Hitler finanziert: die Schwerindustrie, die Großagrarier und die Großbanken! Daß die Drohung Schleichers wahr sei, beweist nach Otto Straßer allein die gegenwärtige politische Haltung der Naziartei und ihre Tolerierungspolitik. Die Hitlerpartei hat dem Kabinett Schleicher die Anlaufstift gegeben! Keine Propagandalüge wischt diese Talsache fort.

„Um aber Hitler zu zeigen, wie gut wir über die internsten Vorgänge in seiner Partei und in seinen Fraktionen informiert sind“, schildert Straßer in seinem neuen Artikel die Händchenszene, die dem Trenschwur der Reichstagsfraktion für Hitler nach dem „Krankeitsurlaub“ Strahers folgte, wie folgt:

„Nach kurzer „gemüthlicher“ Ansprache Hitlers, der mit tränenerstickter Stimme immer wieder ausrief, daß er (Straßer) mit das antun konnte gerade jetzt, das hätte ich nie für möglich gehalten! —“ sank der gute Schauspielers völlig gebrochen auf einen Stuhl — und weinte. Und vor ihm stand Göring, mit beiden Händen die Hand des Führers greifend und Tränenfließen ihm über die dicken Backen. Daneben schluchzte Herr Brüdnner und Krotobildstränen trocknete Dr. Goebbels mit weißem Taschentuch. In zweiter Reihe Herr Bernhard Kraus, von einem Weintrampf geschüttelt, und Herr Heines, wüste Drohungen gegen Straßer ausstößend. Im Hintergrund hörte man Streichers sanore Stimme „Der treulose Hund, der Straßer! Anjemem Führer solches Leid zuzufügen! und dazu drängte und schob sich die Schar der erkauchten, empörrten, verärrten, ratlosen Mannen, von denen nur Kepentlow mit seinem mosanten Gesicht, Kaufmann und Koch mit ihren Köpfen auffielen.“

Otto Straßer schließt seinen Artikel mit den Worten: „So — und wenn es Herrn Hitler oder Herrn Dr. Goebbels gelüftet, den Wahrheitsbeweis für die getreue Wiederholung dieses Bildes zu hören — dann stehen wir ihm vor Gericht mit der Zeugenaussage von etwa 35 Mitgliedern der Reichstagsfraktion zur Verfügung.“

Kein Schmierenskomödiant könnte eine solche Szene erfinden, kein Maler je einen solchen Delbdruck, wie ihn hier die Helben des Dritten Reichs stellen. Die „rauen Kämpfer“, die Männer aus der Nacht der langen Messer, die Galgenbauer und Hansfeldreher, die Retter des deutschen Volkes weinend um ihren wie ein Klageweib zusammengebrochenen und heulenden großen „Führer“ und Oberstaf Adolf. Daneben Mephisto Josef Goebbels, der „klumpfüßige Verräter“, die tröpfelnde Kaje in das weiße Schnupftuch haltend. Wenn die Helben längst vermodert sein werden: dieses Bild wird bleiben!

Regelung der Kriegsschulden.

Mit derselben Offenheit sind wir der Ansicht, daß die Umstände und die Schroffheit der gegenwärtigen politischen Lage in Amerika uns bestimmen, die Verhandlungen mit einer äußersten Vorsicht zu führen. Ihre Richtung wird durch das Votum vom 12. Dezember angedeutet. Seit diesem Votum, das sofort der amerikanischen Regierung mitgeteilt worden ist, ist glücklicherweise ein Kontakt mit Amerika aufrecht erhalten worden, und wir sind dankbar dafür, daß in Washington ernsthaftige Anstrengungen unternommen worden sind, um die Schwierigkeiten beizulegen.

Wir werden die Verhandlungen mit dem festen Willen führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, die der Anordnung ein Ende macht, die die Kassen der Regierung dann für die Allgemeinheit nach sich ziehen. Zu gleicher Zeit in vollem Einvernehmen mit den Staaten, mit denen Frankreich durch Bande verknüpft ist, die auf gemeinsamen Bestrebungen ruhen ohne Hintergedanken gegenüber dritten Mächten, im Bewußtsein der gemeinsamen Freundschaft unserer engeren Nachbarn, sowie in dem Wunsch, jede Schwierigkeit beizulegen, werden wir uns bemühen, andere internationale Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Von ihnen hängt zum großen Teil die Lösung der Krise ab. Denn diese Krise ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern psychologischer Art, und sie ist auf die internationale Beunruhigung, auf Mißverständnisse und Rivalitäten zwischen den Völkern zurückzuführen.

Die vorliegende Regierung hat sich mit Erfolg darum bemüht, die Abrüstungskonferenz von der Ungewißheit und der Langsamkeit zu befreien, an denen sie zu scheitern drohte. Wir werden diese Arbeit fortsetzen. Ein konstruktiver Plan, der in präziser Form die notwendige Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit darstellt und sich nicht eines dieser Uebergriffe bedient, um den anderen zu beilegen oder auf die lange Bank zu schieben, ist eingebracht worden. Wir werden ihn verteidigen. Ein wichtiges Ergebnis ist bereits erzielt: Die Rückkehr eines großen Staates zur Konferenz, dessen Gegenwart notwendig ist, um dem zu vereinbarenden Abkommen, den Parteien und der Kontrolle, die seine Folge sein muß, ihre volle Wirksamkeit zu geben.

Wir werden darüber wachen, daß man nicht aus der lokalen Anerkennung einer Gleichberechtigung in der Gleichheit der Nationalitäten und in einer positiven Organisation der internationalen Sicherheit Folgerungen zieht, die auf eine mit den Zielen der Konferenz und den Friedensverträgen nicht zu vereinbarenden Wiederaufrüstung gerichtet sein würden.

(Lebhafter Beifall links.)

Ueber die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heißt es in der Regierungserklärung: „Wir werden das von dem Arbeitsminister schon vollbrachte Werk weiter ausbauen, um in wirksamer Weise die ungeschuldbigen Opfer zu unterstützen, die das Recht hatten, von ihrer Arbeit zu leben und die infolgedessen auch das Recht haben, an die Solidarität der Nation zu appellieren. Zu gleicher Zeit werden wir unumschränkt die Prüfung der Mittel vornehmen, die eine

bessere Verteilung der Arbeit erlauben und die Wirkungen einer Krise abschwächen, die die Wirkungen des Mechanismus zu verlängern drohen, wenn die Or-

Scheinblüte der KPD.

In der sozialistischen Zeitschrift „Die Republik“ finden wir den nachstehend wiedergegebenen außerordentlich interessanten Artikel von Franz Borkenau. Die Redaktion.

Niemals schien die Zukunft für den demokratischen Sozialismus und seine Partei so hoffnungslos wie heute. Die Reaktionen aller Schattierungen jubeln, mit ihnen jubeln die Kommunisten. Was sie immer vorausgesagt, scheint eingetreten. Die demokratische Politik des Proletariats scheint sich ad absurdum geführt zu haben, da die Sozialdemokratie kampflös auf alle Errungenschaften eines Jahrzehnts verzichtet mußte. Stünde im Mittelpunkt des Kampfes zwischen SPD und KPD, wirklich die Frage, ob die Weimarer Republik die Staatsform ist, in der sich das Proletariat schrittweise von den Fesseln des Kapitalismus befreien kann, dann wäre heute die SPD tot und der Tod der Einigung des Proletariats unter der Führung Moskaus gekommen.

Doch dem ist nicht so. In der wirklichen Entwicklung der beiden großen sozialistischen Parteien machen sich Tendenzen geltend, die diesem scheinbar zwingenden Schluß stritte entgegenlaufen. Das sie sich durchsetzen, bedeutet, daß der wirkliche Angelpunkt des Richtungskampfes in der Arbeiterbewegung sich von der formell noch immer im Vordergrund stehenden Frage der Bewirklichung des Sozialismus durch die Demokratie zu ganz anderen Problemen verlagert hat.

Dies zeigt sich am klarsten in der jüngsten Entwicklung der KPD. Sie erlebt in diesen Monaten noch einmal eine Scheinblüte.

Die grausame Zerstörung der Illusionen über die Demokratie und das in der SPD selbst heftig umstrittene Verhalten der sozialdemokratischen Minister ab 20. Juli treiben Schichten, die sonst der SPD zu folgen pflegten, in die Gefolgschaft der KPD. Die Arbeitslosigkeit des vierten Krisenwinters und das Nachrüden von Hunderttausenden von Jungwählern tun das ihre. Noch einmal entsteht in diesen Monaten der Anschein, als ob das deutsche Proletariat in zwei gleich starke und gleichwertige Flügel gespalten wäre. Doch dies ist Schein. Gerade in diesem Augenblick, in dem die KPD den bisherigen Höhepunkt ihres zahlenmäßigen Einflusses erreicht, ist sie endgültig zur bloßen Wählermasse entartet, die sich um einen erstarrten bürokratischen Apparat und höchstens noch um einige politisch wie militärisch gleich belanglose Kampfformationen gruppiert. Gleichzeitig wurde die SPD endgültig zum Sammelbecken aller im konkreten, täglichen Klassenkampf aktiven Kräfte des Proletariats. Die sozialistischen Gewerkschafter, vom Verbandsfunktionär bis zum letzten Betriebsvertrauensmann, die Betriebsräte, die Arbeiter und Funktionäre der Kulturorganisationen, die Vertreter des Proletariats in Fürsorge und Kommunalpolitik, die theoretisch aktiven Intellektuellen sind in einer seit 1914 nie mehr erreichten Vollständigkeit Sozialdemokraten. Und jene Millionen, die mit der Tätigkeit dieser Organisationen und ihrer Funktionäre im täglichen Klassenkampf verbunden sind, stehen unerschütterlich zur Sozialdemokratie. Es gibt in Deutschland neben dem Zentrum keine Partei außer der Sozialdemokratie, in der der Kreis der schwankenden Sympathisierenden so gering im Verhältnis zur festen und unerschütterlichen Anhängererschaft ist. Es gibt neben dem Nationalsozialismus in Deutschland keine Partei, die so wie die KPD, ausschließlich aus einer ewig fluktierenden, durch und durch unzuverlässigen, zu keiner bestimmten Aktion fähigen zu gebrauchenden amorphen Anhängererschaft besteht wie die KPD. In den Jahren seit 1928 ist die KPD zahlenmäßig aufgeschwemmt und hat zugleich alle Konzepte verloren. Parteioffizielle Zahlen rechnen, daß ein Drittel der Mitgliedschaft jählich wechselt. Die durchschnittliche Amtsdauer der Funktionäre in der Partei beträgt ein bis zwei Jahre. Das geradezu groteske Schwanken der Wahlstimmen ist bekannt.

Die SPD hingegen hat an Wahlstimmen seit 1930 ziemlich gleichmäßig verloren, dagegen ihre Mitgliederzahl ständig vermehrt, und die Zahl der erfahrenen, spezialisierten und mit einer bestimmten Tätigkeit und einer bestimmten Menschengruppe unzerrenlich verbundenen Funktionäre stetig wachsend.

Niemals war die kommunistische Partei weiter entfernt von der Wirklichkeit, den wirklichen tatsächlichen Klassenkampf des Proletariats zu führen, niemals diese Führung ausfalliger in der Hand der SPD, als heute. Dafür sind in diesem Jahre zwei große Proben gemacht. Für die so überaus unpopuläre Parole Hindenburg zu wählen, vermochte die SPD ihre gesamte Anhängererschaft und über diese hinaus breite Schichten zu gewinnen. In der für sie so überaus günstigen Situation des 20. Juli hat die KPD sich nicht einmal selber den Versuch zugemutet, eine Aktion, welcher Art immer, in Gang zu bringen. Vom Standpunkt der Parteiprogramme gesehen, ist die Situation paradox genug. Die KPD, die Partei der „direkten Massenaktion“, vermag nicht für die kleinste Aktion Massen in Gang zu setzen, aber sie bringt Millionen in den offiziell als Angelegenheit zweiten Ranges bewerteten Wahlkampf. Die SPD, nach ihrer Doktrin vor allem die Partei der parlamentarischen Aktion, hat es schwer, die Massen beim Wählen bei der Stange zu halten.

Über sie folgen ihr fast bedingungslos, wenn es sich um konkrete, besonders wenn es sich um wirtschaftliche Aktionen handelt. Die Wirklichkeit hat sich weit von den Parteidoktrinen entfernt.

Die Wurzeln der gegenwärtigen Entwicklung der KPD liegen ein Jahrzehnt zurück. Der Abfall der qualifizierten Kräfte begann, als nach dem katastrophalen „Märzputsch“ im Jahre 1921 Paul Levi die Partei verließ und nach einigem Zögern zur SPD, ging. Noch einmal vermochte die Partei den Verfall aufzuhalten, als sie unter der Führung Brandlers engeren Anschluß an die Tageskämpfe der Arbeitererschaft suchte. Auf dem Leipziger Kongreß des ADGB, 1922, waren mehr als ein Viertel der Delegierten Kommunisten. Als aber nach dem Reichswahlkampf in Sachsen und dem Ende der Inflation die „Linke“ die Führung der Partei in die Hände bekam und sie zu Verlogen der Gewerkschaftspaltung, brachalem Kampf gegen sozialdemokratische Arbeiter u. a. m. ausbrach, ging es unaufhaltsam bergab.

Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre verließen zu Tausenden die Partei, die voll Torheit ihren Abgang begrüßte.

Die alte Garde, die die einheitliche Partei der Vorkriegszeit gekannt und den härteren illegalen Kampf während des Krieges mitgemacht hatte, zog sich entsetzt von diesem Unfug zurück. Der Prozeß der Abstoßung der mit den Massen verbundenen Funktionäre vollzog sich ruckweise. Wiederholt verlor die KPD durch eine vernünftigeren Politik in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen wieder bessere Kräfte an sich zu ziehen. Über solche Tendenzen wurden jenseits im Reime erstickt, durch neue, immer schroffere „Linkswendungen“ abgelöst, die Organisations immer radikaler von allen „opportunistischen“, d. h. mit dem Massenkampf verbundenen Elementen getrieben, aus der Parteiführung die alten überausen Kämpfer immer aründerlicher ausgemerzt, bis fast nur zu allem bereits Bürokraten übriggeblieben waren. Man täte jedoch unrecht, diese Entwicklung den „Linkswendungen“ zu-

Bernsteins Bestattung

Weihevoll und imposante Trauerfeier

SPD Berlin, 22. Dez. (Ein. Draht.) Am Donnerstag nachmittag nahm die Sozialdemokratische Partei für immer Abschied von einem ihrer besten Kämpfer, von Eduard Bernstein.

Auf dem schlichten Sarg, der die sterbliche Hülle von Eduard Bernstein birgt, liegt ein Strauß roter Nelken. Unendlich groß ist die Zahl der Kränze, die „dem treuen Mitarbeiter“, dem „Lehrer und Vorkämpfer“, dem „Patriarchen der Sozialdemokratie“, „unserem Kameraden“, dem „Streiter für Volkrecht und Freiheit“ bei seiner Beisetzung im Krematorium Wilmersdorf-Berlin gewidmet wurden. Die Halle vermag die zahlreichen Trauergäste nicht zu fassen. Sie alle sind da, die Mitkämpfer des Toten aus Partei und Gewerkschaft und aus der Internationale.

Weihevoll mußte die Trauerfeier sein. Die Gedächtnisrede hielt Friedrich Stamer: Die deutsche Sozialdemokratie, und die Sozialdemokraten von Berlin, die Stadt, deren Sohn Eduard Bernstein war, entsetzt dem großen Kämpfer, dem lieben Freund, ihren letzten Gruß. In der Proletariatsbewegung seines Vaters, des Lokomotivführers Bernstein, war das kommunistische Manifest ebensowenig bekannt, wie die Schriften von Lassalle bekannt waren. Aber als dann der junge Bankangestellte in einem privaten Kreis von den Zielen der Sozialdemokratie erfuhr, da schloß er sich der Bewegung an, zuerst nicht als Klassenkämpfer, sondern aus dem Gefühl heraus, das ihn für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfen ließ. Er wurde Klassenkämpfer. Das Sozialistengesetz verwies ihm die Heimath. Er mußte hinaus in das Exil, in dem er beinahe zwei Jahrzehnte zubrachte. Er verarbeitete das Geistesgut von Marx, und ohne Kantisch und ihn wäre aus der Lehre niemals eine Massenbewegung geworden. Als er dann nach Deutschland zurückkehrte, lernten wir in der internationalen politischen Bewegung einen einsamen, lieben Menschen kennen. Es kam der Krieg, den er besonders bitter empfand, und es kam die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung. Bernstein aber war es, der als einer der ersten die Parole der Wiedervereinigung ausgab und betätigte, und als nun die Einigung da-

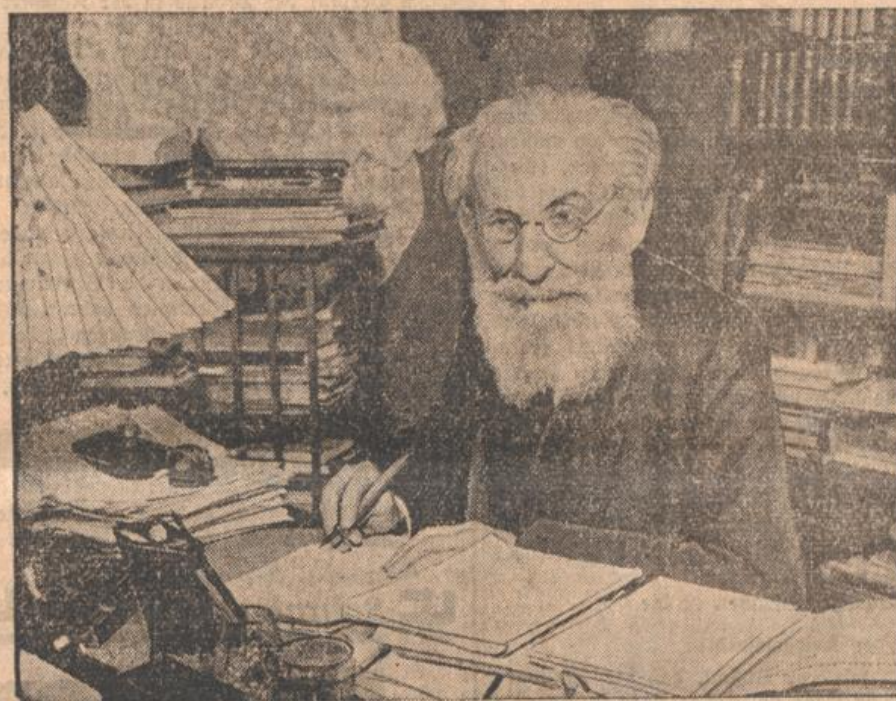
war, da waren wir alle stolz, unseren Eduard Bernstein als einen der Würdigsten, sei es als Publizist, als Wissenschaftler, als Mitarbeiter der Reichstagsfraktion oder als Stadtverordneten in unsern Reihen zu wissen. Erst als das Alter ihn zwang setzte er sich zur Ruhe. Ihm sei der Friede, uns aber in seinem Geiste der Kampf!

Im Namen der sozialistischen Arbeiterinternationale und der niederländischen Sozialdemokratie sprach Blieden (Holland) Worte des Abschieds: „Er war einer der wenigen noch lebenden Patriarchen aus der Zeit des Sozialismus und verachtete die Waffen der Barbaren, sein Schwert war der Geist. Zur Schulung der Arbeiter in allen Ländern trug er unermüdet bei. Er wies den Sieg revolutionären Kampfes mit demokratischen Methoden.“ Im Namen der Zeitung der „Sozialistischen Monatshefte“ würdigte Kampfformer das sozialistische Wirken. Gramsch-Paris dankte dem Toten im Namen der französischen Sozialisten.

Wieder erklang Trauermusik. Die Fahnen senkten sich, der Sarg verschwand, die Sozialisten der Welt hatten von einem ihrer Besten Abschied genommen.

Dem Vorkämpfer

Ein Fahnenträger fiel — kann man ihn reiner ehren —?
Hüllt ihn zum letztenmal in diese Fahne ein,
Er war ihr Diener, sie soll ihm gedehnen,
Sie sei des Kämpfers großer Totenfeier!
Ein Kämpfer fiel — kann man wohl Schöneres sagen?
So bleibe er ewig unter uns gestellt —
Ein Kämpfer, der so manchen Stein getragen
zum Aufbau dieser nordurchschrittenen Welt!
Ein Führer fiel — doch er bleibt unerschrocken,
Ein Führer, der aus Finsternis gekämpft
und der das Herz des ganzen Volks befeuert,
Weil er die Not des Volkes selbst gespürt!



Eduard Bernstein in seinem Arbeitszimmer

zuschreiben. Der Kausalzusammenhang liegt vielmehr umgekehrt. Das Ende des Krieges, die Wiederherstellung des kapitalistischen Staatsapparates, das Ende der Inflation und die bald darauf einsetzende beträchtliche Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse befestigten die objektiven und subjektiven Bedingungen revolutionärer Aktion. Die neue Festigkeit des Staatsapparates und das Verschwinden der kleinbürgerlichen Massen vom Sozialismus nahmen revolutionären Aktionen die Erfolgsmöglichkeit. Das Ende des Elends nahm ihnen den Antrieb innerhalb der Arbeitererschaft. Zugleich entfiel ein breites Feld des wirtschaftlichen und politischen Tageskampfes innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen und Staatsordnung. Es gab für eine gewiß nicht kurze Spanne Zeit keine andere Möglichkeit proletarischer Aktion mehr als die innerhalb der gegebenen Gesellschaftsordnung. Dies wirkte zunächst als Befestigung der Lehren des Reformismus. Die KPD, hand vor der Alternative entweder in ihrer revolutionären Haltung zu verharren und den Kontakt mit dem Tageskampf zu verlieren oder in den Tageskampf weiterhin aktiv einzugreifen und aufzuboten, eine unmittelbare revolutionäre Partei zu sein. Denn revolutionären Tageskampf kann es nur in revolutionären Situationen geben. Ohne Zweifel könnte die KPD, Kritik an der oft so zögerlichen Aktion der „Reformisten“ üben. Aber wenn diese Kritik praktisch sein d. h. zu unmittelbaren besseren Resultaten führen sollte als die Politik der „Reformisten“, dann müßte sie sich prinzipiell auf demselben Boden halten wie deren Politik. Differenzen über eine konkrete Lohnforderung, eine konkrete Wahlparole usw. rechtfertigen auf die Dauer nicht die verhängnisvolle Spaltung des Proletariats in zwei Parteien. Die KPD, so es vor, sich an die Mission von der Fortdauer der revolutionären Situation zu klammern, zu einer Partei der reinen, und darum immer mehr der leeren, bloß nützlichen Kritik zu werden, den wirklichen Einfluß auf die Tageskämpfe zu verlieren. Die Partei überlagert sich in Radikalismus, um die in der nicht-revolutionären Phase sonst unvermeidliche Selbstliquidierung zu vermeiden. Je weiter sie sich auf diesem Wege von der Wirklichkeit des Klassenkampfes entfernte, desto hilfloser und geschwächerter ihre Polemik, die sich bis zu der tragikomischen These vom „Sozialfaschismus“ vertiefte, desto stärker aber auch die Abstoßung der in praktischem Kampfe erfahrenen und mit ihm verbundenen Elemente aus den eigenen Reihen. Die kommunistische Partei ist nicht mehr die Partei des revolutionären Kampfes.

Carl v. Dörsigky freigelassen

SPD Berlin, 22. Dez. Der Herausgeber der „Weltbühne“ Carl v. Dörsigky ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, Donnerstagabend auf Grund der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden. Dörsigky war „wegen Landesverrats“ zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Gerling Versicherungskonzern als Geldgeber Hitlers

SPD München, 22. Dez. (Ein. Draht.) Die im November in einer Zeitschrift veröffentlichten Behauptungen, daß der Gerling-Versicherungskonzern mit rund 10 Millionen Mark in den Jahren 1930/32 der Hauptfinanzier der Hitlerpartei gewesen ist, erhalten trotz der vom Braunerhaus und dem Konzern verbreiteten Dementis durch folgenden Vorgang ihre indirekte Bestätigung:

Am 21. November erschien der Direktor des Gerling-Konzerns in der Redaktion des „Tagebuch“ und verlangte einen Widerruf der Nachricht. Die Redaktion erklärte, sie könne sich hierzu nur herbeilassen, wenn die verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes des Gerling-Konzerns vor einem Notar die eidesstattliche Versicherung abgeben, daß ihr Konzern niemals direkt oder indirekt der NSDAP erhebliche Geldmittel zugeleitet habe. Mit dieser Bedingung war der Direktor einverstanden. Er leitete den Vorfall der eidesstattlichen Versicherung sofort der Zentrale des Gerling-Konzerns in Köln zu. Diese ließ sich aber bis zum 2. Dezember Zeit und beharrte, daß dann unter dem gleichen Datum auf die erstaunliche und vielstimmige Mitteilung, daß sie die verlangte eidesstattliche Versicherung nicht abgeben werde, obwohl sie nach wie vor ein Interesse an der Mitgliedschaft der NSDAP habe.

Haus-Bergmann-Direktoren verhaftet

Dresden, 22. Dez. (Ein. Draht.) In Dresden wurden am Donnerstag die beiden Direktoren der Haus-Bergmann-Plattensabrik H.G. der sächsische Generaldirektor Karl Bergmann und der sächsische Fabrikdirektor S. Bergmann, sein Bruder, verhaftet. Die beiden Brüder stehen im Verdacht, Zwangsverhandlungen gegen die Desinfektionsmittelwerke begonnen zu haben. Es soll sich um einen Betrag von mehreren Millionen Mark handeln.

Wieder auf freiem Fuß

SPD Dresden, 22. Dez. Wie uns von der Plattensabrik Haus-Bergmann mitgeteilt wird, sind der heute festgenommen Generaldirektor Karl Bergmann und sein Bruder Siegmund in den späten Abendstunden wieder auf freiem Fuß gesetzt worden. Die Höhe der Kaution ist nicht bekannt.

Arbeitsbeschaffung

Berlin, 22. Dez. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke machte am Donnerstag vor der Presse einige Mitteilungen über das Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung, für das im Rahmen der vom Reichsbankpräsidenten in München zugestanden Kreditvermehrung von insgesamt 2,7 Milliarden Mark etwa 500 Millionen eingesetzt werden. Die Organisation solle möglichst dezentralisiert gehalten werden. Die Kreditvermittlungstellen sind die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbank-Kreditanstalten. Die Sorgen vor Reklamationen, betonte der Reichskommissar, seien im Wege der Arbeitsbeschaffung unbegründet. In erster Linie handle es sich um die Vollendung liegen gebliebener Arbeiten, die in normalen Zeiten längst ausgeführt worden wären.

Im Rahmen des Sofort-Programms werden 50 Millionen zur Verbilligung der Hausreparaturen zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Reparaturfonds können Arbeiten im Werte von 250 Millionen Mark durchgeführt werden. Schon die Regierung Baden hatte 50 Millionen zur Verbilligung von Hausreparaturen ausgeschrieben. Diese Summe wurde in kurzer Zeit verbraucht. Mit dem Hausreparaturfonds habe man im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Notwendig ist jedoch eine Verringerung der Richtlinien. Die bisherigen Richtlinien machten es dem kleinen Hausbesitzer schwer, in den Genuss der Staatshilfe zu kommen. Er erscheint notwendig, auch schon bei geringem Aufwand von Reparaturen Zuschüsse zu zahlen.

Die Landwirtschaft an der Jahreswende

BRB Berlin, 22. Dez. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hielt heute abend im Rundfunk einen Vortrag über das Thema: „Die Landwirtschaft an der Jahreswende“. In anschaulicher Weise gab er ein Bild über die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft, die sich besonders im Westen, Südwesten und Norden des Reiches in der letzten Zeit ausgesprochen verschlechtert habe. Durch die Not unserer Bauern würde auch die Viehzucht, auf die man so große Hoffnungen setzte, stark betroffen. Die Maßnahmen der Regierung — Kredit- und Zinsermäßigungen — hätten schon viel Gutes getan und würden es noch tun. Auch durch ausgiebigere Bebauung des deutschen Aders und Verwertung deutscher Erzeugnisse werde der Landwirtschaft helfend unter die Arme gegriffen. Deutschland könne sich jetzt z. B. mit seinem eigenen Brot ernähren, welcher Gedanke früher als völlig utopisch bezeichnet worden sei.

Eines der allerwichtigsten und vielfach weit unterschätzten Mittel zum Wiederaufstieg der deutschen Landwirtschaft sei die Handelspolitik. Wir hoffen — erklärte der Minister — durch die in letzter Zeit erfolgte Kündigung mehrerer Handelsverträge mit anderen Ländern die Lösung unerträglicher Zollbindungen der wichtigsten Erzeugnisse erreichen und durch autonome Zollregelungen und andere handelspolitische Maßnahmen den Preisdruck der vom Weltmarkt nach Deutschland zu niedrigeren Preisen hereinströmenden landwirtschaftlichen Produkte aufheben zu können. Die Regierung werde dafür einstreben, daß der Deutsche nach Möglichkeit keine eigenen Landeserzeugnisse denen des Auslandes vorzieht. Neuerdings besäße man sich mit dem Gedanken einer Korrekturierung in der Landwirtschaft. Was für die Industrie von Erfolg gewesen sei, erlaube aber bei der Landwirtschaft nicht anzubringen. Zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und den Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse müsse unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden. Dazu müsse aber auch die Wirtschaft selbst beitragen. Wenn man eine Sanierung der Landwirtschaft durch eine Senkung der Kaufkraft des Städters erwarte, so müsse auf die außerordentlich schlechten Verhältnisse in der Stadt hingewiesen werden, wo Erwerbslose mit monatlich 50 M Unterstützung für Wohnung und Heizung und für die kümmerliche Ernährung ausreichen müßten.

Der Minister stellte zum Schluß fest, daß es kein irgendwie geartetes allein gültiges Rezept für die gegenwärtig zu treibende Agrarpolitik gibt.

Die Forderung der Arbeiterwohlahrt

Berlin, 22. Dez. (Eig. Draht.) Am 20. und 21. Dezember fanden im großen Ziehungsaal des früheren Dienstgebäudes der preussischen General-Postdirektion, Berlin, Marxstrasse 17/18, die Forderung der Arbeiterwohlahrt-Vorträge statt. Die Ueberwachung oblag einem Notar und einem Beamten des Berliner Polizeipräsidiums. Gespannt folgte eine große Zuschauermenge dem Ziehungsorgan, der bis ins Kleinste reibungslos verlief. Auf folgende Nummern liefen z. B. höhere Gewinne: Der 20.000 Mark-Gewinn fiel auf die Nr. 379.135, der 10.000 Mark-Gewinn auf die Nummer 268.608, ein 5.000 und ein 5.000 Mark-Gewinn auf die Nr. 856.031, der 2.500 Mark-Gewinn auf die Nummer 771.527, 500 M. auf die Nummern 932.398, 1.298.157, 137.658, 367.273 und 502.284.

Die genannten Nummern sind in beiden Abteilungen A und B auf den gleichen Gewinn gezogen worden. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Nummern übernehmen wir nicht, solange nicht die offizielle Gewinnliste vorliegt.

Todesurteile in Lemberg

Warschau, 22. Dez. (Eig. Draht.) In Lemberg wurden drei junge Ukrainer, die als Mitglieder der ukrainischen Kampforganisation an einem Raubüberfall auf ein östliches Postamt teilgenommen hatten, von einem Stabsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Unter den Angeklagten befinden sich zwei, die verdächtig sind, an der Ermordung des Billabli-Politikers Solowko im vorigen Jahre beteiligt gewesen zu sein.

BRB. Lemberg, 22. Dez. Einer der vom Stabsgericht zum Tode verurteilten Mitglieder einer geheimen ukrainischen Kampforganisation ist zu 15 Jahren Gefängnis begnadigt worden. Die anderen beiden Verurteilten werden Freitag vormittag hingerichtet.

Tagesschau

Berlin, 22. Dez. Als weitere Institution, die der Erleichterung der Wirtschaftslage dienen soll, wird die Tilgungsfälle für gewerbliche Kredite ins Leben gerufen mit dem Ziel der Verbilligung von Folgen der Wirtschaftskrise.

BRB. Vatikanstadt, 22. Dez. Am Weihnachtsabend wird die vatikanische Radiostation die Rede des Papstes an die Karibische und an die römischen Prälaten übertragen. Die Übertragung beginnt um 24 Uhr MEZ und erfolgt auf Weile 1984.

München, 23. Dez. Hier haben zwischen deutschen und österreichischen Regierungen Absprachen über die Gewährung von Krediten an Österreich begonnen; die Verhandlungen sollen nach Neujahr fortgesetzt werden.

Freistaat Baden

Wiederbelebung des Innenministeriums

DJ. verbreitet diese Nachricht: „Getragen von der Sorge um die Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten dieses Notwinters und in der Erkenntnis der Wichtigkeit der Stelle des Innenministers für die daraus erwachsenden Aufgaben, hat der Vorstand des Städteverbandes in einem Schreiben an das Staatsministerium die Bitte vorgetragen, die Wiederbelebung des Innenministeriums zu beschleunigen.“ Das Staatsministerium wird sich erweisen lassen, die Herren vom Städteverband können ruhig Weihnachten feiern.

Erhaltung des inneren Friedens

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Zur Klarstellung hinsichtlich des bestehenden Rechtszustandes wird darauf hingewiesen, daß durch die neue Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 der „Bürgerkrieg“ nicht berührt wird. Bis zum 1. Januar 1933 sind deshalb alle öffentlichen politischen Versammlungen, mögen sie in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel stattfinden, verboten. Darunter fallen auch alle politischen Umzüge oder Demonstrationen.

Aus dem Nazisumpf

Nazi-Verwaltungsinpektor unterschlägt 15 000 Reichsmark, Nazi-Schriftleiter stellt falsche Rechnungen aus

Sie haben halt Pech, die Herren Nazis! In Billingen besaß sich beim Bezirksamt ein Verwaltungsinpektor. Der Mann hatte ein auskömmliches Gehalt und dazu noch von seinem Schwiegervater als Erbschaft eine Bienenfabrik. Letztere betrieb er neebenei. Bei jeder geeigneten Gelegenheit trug er seine Spiegel und Treppen am Braunband der Nazis inszenieren und benahm sich als „Reiniger“. Er wollte unter allen Umständen in der Nazipresse eine Rolle spielen. Manches freche Artikelchen in der Nazipresse geht auf seine Rechnung, und sein Können stand in direktem Widerspruch zu seinem Willen. Kurz und gut: Ein vorbildlicher SA-Führer, vor dem andere die Haken zusammenklagen und strammstehen mußten. Jetzt stellt sich heraus, daß der Verwaltungsinpektor Wintermantel beim Bezirksamt, denn um ihn handelt es sich, 15 000 Reichsmark unterschlagen hat. Vor einigen Tagen wurde er urchuldig verhaftet und zwar auf dem Bahnhof im Weissen des Herrn Fritz Kiehn, Fabrikant und M. d. R. der Nazipartei. Wie es heißt, wollte Herr Inpektor Wintermantel sich bei seinem Freund Kiehn Geld leihen, wofürheimlich, um die Unterschlagung zu verdecken, vielleicht aber auch wollte er eine Auslandsreise unternehmen. Die Polizei aber hatte ihn noch zu rechter Zeit am Kraken getrieff. Der Staat hat ihm nunmehr hinter veralteten Gardinen ein kleines Kästchen zur Besinnung angewiesen. Vermutlich wird er das nicht allzu übel nehmen dürfen, da gerade die Nationalsozialisten in solchen Fällen besonders strenge Bestrafung fordern.

Wie es weiter heißt, soll Wintermantel die Unterschleife begangen haben, um Verluste, die er in seiner Bienenfabrik hatte,

auszugleichen. Also ein Mann, der es augenscheinlich auf Doppelpelzdiens abgesehen hatte. Nun sind aber gerade die Nazis wieder diejenigen, die angeblich jede Doppelpelzdiens ablehnen. Angehörige anderer Volksschichten tun dies ebenfalls. Die Nazis aber nehmen ein besonderes Verdienst nach dieser Richtung für sich in Anspruch.

Nicht genug aber, daß sie in Billingen Pech gehabt haben, Pech hatten sie auch in Furtwangen. Dort wurde der Betriebsleiter Marx vom Elektrizitätswerk Furtwangen unter dem Verdacht von Unterschlagungen verhaftet. Er soll beim Einzug der Gelder für den Strombezug falsche Buchungen vorgenommen haben. In der gleichen Angelegenheit wurde der Nazi-Schriftleiter Hermann Pen vom „Schwarzwälder Tagblatt“ festgenommen und in das Amtsgefängnis Donaueschingen eingeliefert. Nach dem „Echo vom Wald“ haben die beiden an den elektrischen Zählern manipuliert, falsche Rechnungen ausgestellt und den „Verdienst“ unter sich geteilt. Auch Herr Marx ist, wie man hört, Nationalsozialist.

Wer zweifelt noch, daß die Nazis die „sauberen Reiter“ sind? Denn nun kommt das dritte Pech:

In Mittelbaden hat der Verein für Umschulung (mit diesem schönen Namen bezeichnet sich nämlich eine Nazivereinigung), einen Freiwilligen Arbeitsdienst aufgezogen. Die jungen Leute, die dort mitmachten, sind, begreiflicherweise, lauter arme Teufel. Wer von den Nazis Geld hat, der geht nicht in den VAD, so wenig, wie dies von anderer Seite geschieht. Man sollte nunmehr meinen, daß die Nazioten, die sonst so hohe Töne reden, gerade diesen armen Teufeln gegenüber ehrlich sind. Denn es ist das mindeste, was man fordern kann, daß der Vermittler nicht noch mehr ausgequert wird. Bei einer peinlichen Unterdrückung hat sich nunmehr herausgestellt, daß seitens der Leitung dieses Lagers durch Beschlagnahme an verschiedenen Stellen, so z. B. Kostminderung und ähnlichem, ziemlich Gelder auf die Seite gebracht wurden. Das zuständige Arbeitsamt soll dann, nachdem der Betrag festgestellt worden ist, der Lagerleitung die Auflage gemacht haben, die abgezackten Gelder den am Arbeitsdienst beteiligten Leuten nachträglich auszubezahlen. Und dies war der übelste Streich von den dreien. Denn wer seinen armen Bruder ausjaugt, indem er ihm vom allermeisten noch etwas nimmt, der ist ganz minder.

Vollzug des Landeskirchensteuergesetzes

DJ. Karlsruhe, 22. Dez. Durch einen Beschluß des Staatsministeriums hat der Entwurf einer Verordnung der Erzbischöflichen Verordnung über die Organisation der katholischen Kirchensteuervertretung, soweit er die Wahlordnung und Wahlbezirkseinteilung neu feststellt, die staatliche Genehmigung erhalten. Diese Genehmigung bezieht sich auch auf die Geschäftsordnung für die katholische Kirchensteuervertretung. Die neuen Bestimmungen waren vom Erzbischof in Freiburg am 15. November d. J. erlassen und im Anzeigenblatt für die Erzbischöfliche Freiburg Nr. 33 vom 25. November veröffentlicht worden. Die Kirchensteuervertretung, die in der Regel in Freiburg zusammentritt, besteht aus 40 Mitgliedern; von diesen werden 37 gewählt, 3 (2 Laien, ein Geistlicher) durch den Erzbischof ernannt. Die Wahl und die Einennung der Vertreter werden aus den Daten des Landes 9 Wahlbezirke, zur Wahl der geistlichen Vertreter 7 Wahlbezirke gebildet. Die Wahlbezirkseinteilung ist in den Anlagen A und B der Verordnung im einzelnen festgelegt.

Ein badischer Arbeiterdichter

„Höhen und Tiefen“

Gedanken zu dem Buch von Max Porzig, Singen a. S.

Die sozialistische Arbeiterdichtung hat immer noch zu wenig begriffen, was das Werk der Arbeiterdichter und Arbeiterdichtsteller in der großen freien Arbeiterbewegung bedeutet, sie hat den bleibenden Wert, die immerwährende Wirkung starken, eigenen Schrifttums noch nicht voll erfasst, sie weiß nicht, daß taufend gute Bilder eines Arbeiterdichters ebensoviele ständige Werber für den Sozialismus und dessen eigenes Kulturstreben sind, unter Umständen mehr wert sein können als viele Verordnungen, die nicht an jenen Personenkreis heranlangen, an den das Buch kommt. Die Arbeiterdichtung weiß noch nicht, daß die Verbindung sozialistischer Gedanken in der vom Dichter gegebenen Art zu dem Stärksten und Eindringlichsten gehört, das sie werdend einzuheben hat, daß jeder Arbeiterdichter mit seinem in sozialistischer Kultur wuselnden Werk einem Dichter des Bürgertums gegenübersteht, dessen Werk im Bürgerleben wurzelt und sich für dessen Kultur werdend auswirkt.

Nun stimmt es ja: Viele schreiben, wenige aber sind wirklich ausermählt. Zu den letzteren gehört Max Porzig, ehemaliger Schriftleiter am „Volkswille“ Singen a. S., heute im Heer der Arbeitslosen. Er gibt im Selbstverlag ein Buch unter dem Titel „Höhen und Tiefen“ heraus. Ich hatte noch wenig Schriften in der Hand, die so erlebt, so ehrlich bis ins Mark hinein sauber sind wie das vorliegende Buch dieses Arbeiterdichters. Seine Arbeit ist aus dem Herzen geschrieben, der Inhalt des Buches ist voll Glauben an und voll Hoffnung auf das große Werk der Arbeiterbewegung, voll starken Kampfeswillens. So z. B. in der zweiten Strophen eines Gedichtes:

„Sie alle, die das Wollen auf Arbeit eingestellt,
Sie denken, adern, schmieden für eine neue Welt,
Für einen neuen Himmel, den lähnen Geist erkannt,
Für alles Glück auf Erden, das mit der Tat begann,
Wir lachen ob der Waffen der alten Barbare,
Wir wissen, was wir schaffen: Die Arbeit macht uns frei!“

Die politischen Gegner nennen den Sozialisten nur zu gerne einen Mensch, der lediglich auf Materialistisches eingestellt sei, dem wirkliche Ideale abgahnen. Wie aber spricht Max Porzig aus Sozialisten aus dem Herzen, wenn er an anderer Stelle schreibt:

„Nichts Größeres kann es auf Erden geben,
Nichts Schöneres, als einem Volk sein Leben,
Des Körpers und der Seele Kraft zu weihen,
Ganz Diener der Idee des Menschentums zu sein.“

Gedanken, die aus hohem Streben und aus echtem Volkstum stammen. Sätze, die kein Lippenbekenntnis sein können, auch wenn man weiß, daß sich Wert, Person und Lebensart des Dichters in Uebereinklang miteinander befinden, aus einem Guss bestehen.

Porzig erzählt von Eltern, Kindheit, Waisenhaus und Werkstoff, schließt dem Buch auch das erste Bild seines dramatisierten Zeitspielchens „Der Fall Hummel-Daubmann“ an, dessen Uraufführung binnen einigen Wochen an einer Volkshöhne vor sich geht. Tiefer Ernst und Humor wechseln in seinen Gedichten. Die meisten Verse eignen sich zum Vortrag bei Arbeiterveranstaltungen, weil sie rhythmisch befehen und ihnen hohe Verantwortlichkeit inneohnt, weil sie blutvoll sind.

In den Büchereien der Arbeitervereine darf das Buch Max Porzigs nicht fehlen. Jeder geistig rege Arbeiter aber sollte das Buch schon deshalb erwerben, weil aus ihm ein Freund in guten Stunden und auch für schlimme Tage erwächst.

Belgische Regierungserklärung

Scharfe sozialdemokratische Opposition

Brüssel, 22. Dez. (Eig. Draht.) Ministerpräsident de Broqueville verlas am Donnerstag in der Kammer die Regierungserklärung des neuen Kabinetts. Sie ist außerordentlich farblos und unbestimmt, läßt aber deutlich durchblicken, daß die Regierung die Absicht hat, der wachsenden Finanzschwierigkeiten hauptsächlich durch weitere Belastung der breiten Massen Herr zu werden.

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei kündigte Vandervelde der Regierung scharfe Opposition an. In der Regierungserklärung finde kein Wort von den Arbeitslosen, die in immer größerer Scharen die Städte und die Industriegebiete füllten, nichts von den Besingen der Invaliden. Zum Mißbrauch der Religion zu Parteizwecken soll sich nun die Verfolgung durch Polizei und Gendarmerie stellen. Die Arbeiterklasse, die sich nicht vor dem Krummschab der Bischof gebeugt habe, werde sich auch nicht durch Sabel der Gendarmerie zwingen lassen. Die schwedenden Schulden haben eine Höhe von 3 1/2 Milliarden Franken erreicht. Ansehen bekomme die Regierung nur noch zu Wucherzinsen, die das Ansehen des Staates zerstören. Democh weitere läßt die Regierung die Maßnahmen zu ergreifen, die allein anerkannt wären, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Dazu geböre vor

allem eine massive Verringerung der Deeresausgaben. Dies könnte erreicht werden, wenn Belgien unter Umständen auch ganz allein den Abrüstungsvorschlag Hoover anerkenne, durch den die Kriegskosten des Landes mit einem Schlag um ein Drittel verringert werden könnten.

Schweizerische Maßnahmen gegen den Milchzoll

BRB. Frankfurt, 22. Dez. Da das deutsche Reichsfinanzministerium in der Milchzollfrage weiter eine unnahelbare Haltung zeigt, erfolgte heute der erste Schritt in den schweizerischen Gegenmaßnahmen. Gemäß Verfügung des schweizerischen Polizeidepartements wird vorerst dem sechsten Teil der in den kreuzförmigen Betrieben beschäftigten, jenseits der Grenze wohnenden deutschen Arbeitskräfte die Arbeitsbewilligung entzogen. Wenn von Berlin nicht ein Entgegenkommen gezeigt wird, werden die Gegenmaßnahmen noch verschärft werden.

Madrid, 23. Dez. Die spanische Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, der das Heereskontingent für Spanien, die Balearen, die Kanarischen Inseln und die afrikanischen Besitzungen Spaniens für 1933 auf 145 000 Mann festsetzt.

Landesversicherungsanstalt

Ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe

Am Montag, den 19. Dezember 1932, fand im Diensträumchen der Landesversicherungsanstalt Baden die ordentliche Ausschusssitzung statt, die sich in der Hauptsache mit der Feststellung des Voranschlags für das Jahr 1933 zu befassen hatte.

Versicherungsvertreter und Arbeitsvertreter waren vollständig erschienen, als der Vorsitzende, Herr Oberregierungsrat Rauisch, die Verhandlungen eröffnete. Bei der Wahl des Vorsitzenden wurde an Stelle des auscheidenden Vorsitzenden, Herrn Stodt in Heidelberg, einstimmig Herr Gewerkschaftssekretär Emil Maier, Mannheim, gewählt.

In die Ausschusskommissionen wurden gewählt seitens der Herren Arbeitgebervertreter Herr Feder, Baden-Baden, Langenscheidt, Mannheim, und Krüger, Mannheim; seitens der Versicherungsvertreter die Herren Emil Maier, Mannheim, Friedrich Maier, Lössen, und Siegelmaier, Konstanz.

Dem Ausschuss lag zunächst die Jahresrechnung 1931 vor, mit dem Antrag, die Ueberrechnungen des Mehraufwandes in Höhe von 49 511 RM für allgemeine Maßnahmen zu genehmigen und die Jahresrechnung von 1931 für unbeändert zu erklären.

Herr Haarer, Forstheim, erstattete den Prüfungsbericht, der in Ordnung gina. Bei dieser Gelegenheit bemängelte der Redner, daß infolge Anordnungen des Reichsversicherungsamtes erhebliche Umbuchungen erfolgen mußten. Auch die Versicherungsvertreter seien für eine ordnungsmäßige Kontrolle, doch soll hierbei die Arbeit nicht vermehrt, sondern vermindert werden. Die Jahresrechnung von 1931 wurde hierauf ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Es wird dann in die Beratung des Voranschlags für 1933 eingetreten. Hierzu gibt der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Herr Oberregierungsrat Rauisch, einige erläuternde Bemerkungen allgemeiner und finanzieller Art. Die Aufstellung des Voranschlags ist zwangsläufig an das Aufkommen der Beiträge gebunden. Diese sind bisher von Jahr zu Jahr infolge der Wirtschaftskrise zurückgegangen. Die letzten zwei Monate zeigen erstmals wieder eine Aufwärtsbewegung, was darauf schließen läßt, daß wir den Tiefpunkt der Wirtschaft erreicht haben und sich eine leichte Besserung für das kommende Jahr ankündigt. Zur Bewältigung der Aufgaben der Jahre 1933, mußten eine Reihe von Darlehen gefordert werden, die sehr schwer hereinzubringen sind. Der Voranschlag 1933 wurde unter dem Gesichtspunkt der größten Sparlichkeit aufgestellt. Grundbedingung mußte sein, daß die freiwilligen Leistungen nicht mehr unter das Maß von 1932 herabgedrückt werden. Die geschätzten Einnahmen betragen rund 24 960 000 Mark für das Jahr 1933. Aufzuwenden sind

an Rentenleistungen	24 558 000 M
an Selbstverfahren	1 433 000 M
an Verwaltung und Sonstiges	1 926 000 M
insgesamt	27 917 000 M

Nach Abzug der eingestellten Abschreibungen an Gebäuden mit 323 020 M verbleibt ein ungedeckter Fehlbetrag von 2 633 980 M, welcher durch Verkauf von Wertpapieren und Rückzahlung von Darlehen aufgebracht werden soll.

Die Ausführungen des Präsidenten wurden noch ergänzt durch die Ausführungen des Herrn Regierungsrat Pfisterer, aus denen wir erfahren, daß die Zahl der Berufungen und Rentenansprüche bedeutend zurückgegangen sind und die eingeführte Sammelkontrolle sich gut bewährt habe. Aus den Darlegungen des Herrn Regierungsrat Stegmüller geht hervor, daß der prozentuale Anteil der freiwilligen Leistungen an dem Gesamtaufkommen der Einnahmen seit Friedenszeit um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist.

Die Anträge auf Jahreshaushalt sind infolge der verschärften Einschränkungen von 12 737 (im Jahre 1931 auf rund 2000 (im Jahre 1932) zurückgegangen.

Zur Generaldebatte nimmt zunächst der Versicherungsvertreter, Gewerkschaftssekretär Kiehl aus Karlsruhe, das Wort: Der Voranschlag 1933 zeigt den Stempel der Krise in einem bisher nicht für möglich gehaltenen Ausmaß an der Stirn. Wir hören, daß die Rentenleistungen vom Gesetzgeber aus zwangsläufig festliegen. Es ist tief bedauerlich, daß die Rentenleistungen in dieser Form gefordert wurden. Durch diese Zahlen kommt etwas zum Ausdruck, das geradezu furchtbar wirkt. An wem soll gepardet werden? An denjenigen Leuten, die Jahre lang ihre Beiträge entrichtet haben, den und alten Tagen hoffen zu können und nun schwer enttäuscht sind. Ein anderes Kapitel: genannt Selbstverfahren. Das war das Kapitel, wo es für die Versicherten möglich war, bis in die letzten Jahre hinein leistungsfähig zu wirken durch untern. Heilkräften im Schwarzwald. Der Not gehorchend, mußte der Schwarzwald Kolonie geschlossen werden, Schließung Friedrichsheim und Quienheim stand nahe bevor, Friedrichsheim mußte ganz zu den Alten geleitet werden. Andere Heilbäder können nicht mehr besucht werden. Die sanitäre Einrichtungen müssen darunter leiden. Wenn man den Bericht des Herrn Stegmüller hört, könnte man meinen, der Gesundheitszustand der Versicherten müßte sich mächtig gebessert haben. Das ist nicht der Fall, wir wissen nur zu gut, wie es draußen in Wirklichkeit aussieht. Der Redner bedauert auch, daß die ausgegebenen Mittel für besondere Maßnahmen gegenüber früher bedeutend reduziert werden mußten. Im weiteren beschäftigt sich der Redner noch mit dem Verfahrensverfahren und dem Beitragsverfahren mit Ueberwachung und bemängelt, daß im Gele keine Handhabe gegeben ist, den Versicherten die Anwartschaft auf die Versicherung zu erhalten, wenn sie durch leichtfertige oder vorläufige Unterlassung der Ablegung der Invalidenmarken durch die Arbeitgeber geschädigt werden. Dem Voranschlag stimmen wir zu.

Versicherungsvertreter Fuchs bedauert ebenfalls, daß die Aufwendungen durch die verringerten Mittel immer mehr eingeschränkt werden. Er bemängelt die allzu strenge Beurteilung der Erwerbsbeschränktheit durch die Bezirksärzte und gibt der Auffassung Ausdruck, daß bei der klinischen Untersuchung in Heidelberg ein allzu strenger Maßstab angelegt wurde. — Herr Oberregierungsrat Rauisch wendet sich gegen die letzteren Ausführungen, gibt näheren Aufschluß über den Gang des ärztlichen Verfahrens und hebt hervor, daß die Gutachten stets vom Leiter der klinischen Anstalt streng geprüft werden.

Versicherungsvertreter Erb, Karlsruhe, verweist auf den Bericht, wonach die Landesversicherungsanstalt bei eingehenden Revisionen oft erfolgreich war. Das liege an der Einstellung des Landesversicherungsamts, das in der letzten Zeit die freie Beweiswürdigung nicht mehr genügend selten lassen wolle. Dem gegenüber nimmt Herr Oberregierungsrat Rauisch vom Landesversicherungsamt das Wort, welcher diesen Argumenten entsagte.

Zum Schluß nimmt Herr Oberregierungsrat Rauisch noch einmal das Wort, um auf die in der Debatte gemachten Ausführungen zu antworten. Die Wartezeit bei der Einweisung in die Anstalt sei auf das kürzeste Maß zurückgeführt, die Landesversicherungsanstalt werde alles tun, um die Rechte der Versicherten zu wahren. Anweisungen zur früheren Prüfung bei ärztlichen Gutachten seien nie gemacht worden.

Damit war die Generaldebatte geschlossen. Der Voranschlag 1933 wurde hierauf einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig angenommen wurde der Verkauf des Hauses Zwickstraße in Mannheim, welches für die Unterbringung des Kontrollamts zu klein wurde und das letztere eine neue Unterkunft in der Allgemeinen Krankenanstalt Mannheim gefunden hat. Ebenso einstimmig genehmigt wurde der zwischen der Anstalt und dem Zentralverband der Anstalten abgeschlossene Tarifvertrag,

wonach künftighin Änderungen in der Entlohnung, die sich durch die Preissteigerungen für die Beamten ergeben, ohne weitere Verhandlungen auch auf die Entlohnung der Angestellten Anwendung finden können.

Damit war die eigentliche Tagesordnung erschöpft. Zum Schluß gedachte Herr Präsident Rauisch mit dankbaren Worten der langjährigen Tätigkeit der auscheidenden Versicherungsvertreter Herrn Stodt, Heidelberg, und Herrn Haarer, Forstheim. Gleichzeitig gedachte er mit Dankworten der Tätigkeit des gesamten Ausschusses, der bei der diesjährigen Generalversammlung in der gegenwärtigen Zusammenstellung letztmals getagt hat. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Ausschuss im nächsten Jahr sich unter besseren Verhältnissen wieder zusammenfinden möge.

Treuhand in Halle

In Halle kam es in einer Sitzung der Ausschüsse zur Prügel zwischen SA und Opponenten



„Auf so viel Schwärzungen hatte ich gar nicht gerechnet!“

Gewerkschaftliches

Bezirkskonferenz der süddeutschen Kulturorchester

Der Deutsche Musikerverband schreibt uns: Wie im vorigen Herbst verammelten sich auch in diesem Jahre die Vertreter der im Deutschen Musiker-Verband zusammengeschlossenen Orchestermitglieder der süddeutschen Kulturorchester wieder in Stuttgart zu einer Tagung. Orchestersekretär Bader, Berlin, beehrte in einem Vortrag „Notverordnungen, Not- und Orchestermitglieder“ die geradezu katastrophalen rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Reichs- und Ländernotverordnungen des Jahres 1931 für die deutschen Orchestermitglieder. In diesem Zusammenhang wurde die Notverordnung des Jahres 1931 für die deutschen Orchestermitglieder. In diesem Zusammenhang wurde die Notverordnung des Jahres 1931 für die deutschen Orchestermitglieder. In diesem Zusammenhang wurde die Notverordnung des Jahres 1931 für die deutschen Orchestermitglieder.

Die Konferenz beschäftigte sich weiter mit den Vorbereitungen des im April 1933 in Berlin stattfindenden Verbandstages. Aus dem von Bader vorgetragenen Material geht hervor, daß der Konflikt allein 18 000 Musikanten betroffen macht hat. Die Zahl der bei den Arbeitsschließungen betroffenen Musiker, die zum Teil in die Arbeitslosigkeit gedrängt wurden, ist ebenfalls sehr groß. Die Konferenz beschloß, die Interessen der Musiker durch die Einsetzung eines Sonderbeirates zu vertreten, der die Interessen der Musiker gegenüber den Behörden wahrnehmen soll.

Als weiterer Tagesordnungspunkt stand die Schaffung eines Bezirks-Tarif-Vertrages für Orchestermitglieder zur Beschlusfassung. Diesbezügliche Verhandlungen finden bereits in Karlsruhe mit der Vertretung der süddeutschen Orchesterleitungen statt. Die Konferenz gab der Bestätigung Vollmacht, diese Verhandlungen fortzuführen und zum Abschluß zu bringen.

Rechtliche Klagen wurden von fast allen Konferenzteilnehmern über die unfaire Lage und musikalisch-schädigende Arbeitsbedingungen von Musikern in und um Berlin erörtert. Durch den SA-Angriff auf die Berliner Orchester, ebenso aber auch die aus arbeitslosen Musikern zusammengesetzten Orchester, trotz nicht mehr zu unterbreitender Honorierung, sehr wenig zum Zuge. Der Kunstauschussvertreter wurde beauftragt, die Öffentlichkeit in diesem Sinne aufzuklären.

Zum Schluß nahm die Konferenz eine Entschließung an, die vor allem fordert: 1. Die Aufhebung bzw. Abänderung derjenigen Reichs- und Ländernotverordnungen, die Ausnahmebestimmungen ge-

genüber den Mitgliedern der Kulturorchester enthalten bzw. enthalten. — 2. Eine für das ganze Reichgebiet geltende einheitliche Regelung des Musikerarbeitsrechts, die eine gerechte Verteilung der vorhandenen musikalischen Arbeitsmöglichkeiten sichert. — 3. Anerkennung des Ueberrechtes in der Richtung, daß die Handhabung der musikalischen Aufführungsberechtigungen unter staatliche Aufsicht gestellt wird. — 4. Einwirkung auf die Reichsfinanzverwaltung und die dieser angehörenden Senatsgesellschaften, Orchester arbeitsloser Musiker sowie geeignete engagierten Musiker in weit höherem Maße als dies jetzt geschieht, zu beschäftigen. — 5. Reichsgesetzliche Regelung des Musikerarbeitsrechts. — 6. Abänderung des Paragraphen 41 der Gewerbeordnung dahingehend, daß die Berufsausbildung der Musiker in schulgemäßer Weise zu erfolgen hat und der Aufsicht der Schulbehörden zu unterstellen ist.

Gemeindepolitik

Die Forderungen der babilischen Städte

Reform der Arbeitslosenfürsorge, verstärkte Förderung von Hausreparaturen, Stärkung des Neubaubaus

Der Babilische Städteverband hielt vor einigen Tagen eine Vorstandssitzung im Rathaus zu Heidelberg ab, wobei in erster Linie die schlechte Finanzlage der Städte erörtert wurde. Der Einnahmeverfall nimmt immer größere Ausmaße an, während umgekehrt die Ausgaben weiter steigen. Trotz aller Sparmaßnahmen wird es ausgeschlossen sein, daß die Gemeinden, selbst wenn eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten sollten, ohne eine Änderung des Finanzausgleiches ihre Finanzen aus eigenen Kräften wieder in Ordnung bringen können. Dringende Voraussetzung einer Sanierung der Gemeinden ist eine Entlastung der Finanzlage für die Wohlfahrtsverbände, wie dies schon seit Jahren gefordert wird. Die Gemeindehaushalte müssen von den Gehaltsleistungen durch die Arbeitslosenfürsorge ebenso befreit werden wie dies hinsichtlich der Staats- und Länderhaushalte geschieht. Solange die Reichsfinanzverwaltung und einseitige Finanzierung der Arbeitslosenfürsorge noch nicht durchgeführt ist, muß die Reichswohlfahrtsfürsorge wesentlich erhöht werden, um die Verlorne der hilfsbedürftigen Bevölkerung weiter sicher zu stellen.

In Interesse der Arbeitsbeschaffung und zur Unterstützung der notleidenden Hausbesitzer wird gefordert, daß die Mittel, welche das Reich für Hausreparaturen zur Verfügung stellt, in einem dem vorhandenen Bedürfnis entsprechenden Ausmaß erhöht werden. Da bei der gegenwärtigen Regelung des Zuschußverfahrens von der Fertigstellung der Arbeiten bis zur Auszahlung der Zuschüsse im allgemeinen nicht weniger als 2 Monate vergehen, wird außerdem beantragt, daß das Reich demnächst Zuschüsse für die Instandhaltungsschüsse überweist, damit diese alsbald nach Fertigstellung an die Hauseigentümer ausbezahlt werden können. An das Reich ist der Antrag zu richten, zusätzliche Mittel für Hausinstandhaltungsarbeiten zur Verfügung zu stellen, indem es den gemeindlichen Wohnungsämtern an der Gebäudesanierung der Städte und Wohnungsverbänden mehr zu Eigentum und freier Verfügung zurückgibt. Es läßt sich nicht rechtfertigen, daß das Reich unter den heutigen Verhältnissen diese Wohnungsbaumittel an sich zieht und aus ihnen neues Vermögen anammelt, das dann lediglich als Darlehen an die Städte und Wohnungsverbände wieder verauslagt wird und von diesen verzinst und getilgt werden muß.

Die Forderung des Neubaubaus macht eine sofortige Abhilfe unabwendbar, die am zweckmäßigsten durch eine Senkung des Zinsfußes der Baudarlehen geschehen würde. Es ist beim Ministerium darum nachzufragen, daß der Staat eine solche Zinsenkung durch erhebliche Erhöhung des Zinsfußes für die den Gemeinden zum Zwecke der Wohnungsbauförderung gewährten Darlehen ermöglicht.

Getragen von der Sorge um die Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten dieses Winteres und in der Erkenntnis der Wichtigkeit der Stelle des Innenministers für die daraus erwachenden Aufgaben hat der Vorstand des Städteverbandes in einem Schreiben an das Staatsministerium die Bitte vorgetragen, die Wiederbesetzung des Innenministeriums zu beschleunigen.

Aus aller Welt

Brand in einem römischen Fort

BRN, Rom, 22. Dez. Arbeiter, die im Lageraum der Flugzeuglandungsstation des Forts Lupa (6 km nördlich von Rom) beschäftigt waren, ließen eine Kiste mit Raketen zu Boden fallen. Die Kiste ging sofort in Flammen auf, und der dadurch entzündete Brand verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß die Bekämpfung des Forts nur mit großen Schwierigkeiten das Feuer einzudämmen vermochte. Drei Arbeiter kamen ums Leben, einer ist leicht verletzt.

Savarie des Vlod-Dampfers „Witram“

BRN, Weimar, 22. Dez. Der deutsche Dampfer „Witram“ des Nordde Lloyd hat aus noch nicht geklärt Ursache auf dem Nordatlantik einen Kuderhaken erlitten und muß nach dem englischen Kanal zurückkehren.

Verhaftung eines Luftmörders

BRN, Weimar, 22. Dez. Der Luftmörder von Gornitz ist in der Person eines 21jährigen Arbeitlosen ermittelt und festgenommen worden. Der Mann hatte am Sonntag ein dreifähriges Mädchen erdolcht und sich nachher an ihm vergangen.

Das Urteil im Felsenack-Prozess

Zwei Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, alle übrigen Angeklagten amnestiert

BRN, Berlin, 22. Dez. Nach mehr als zweimonatiger Verhandlung wurde im Felsenack-Prozess heute das Urteil verkündet. Die kommunistischen Angeklagten Bader und Schön wurden wegen Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unternehmungshaft verurteilt sind. Gegen alle übrigen Angeklagten wurde auf Grund der Amnestie das Verurteil eingestellt.

Hitler und die „Polacken“

Zweifel Sprache

BRN, Berlin, 21. Dez. Nach dem Vorbild seines großen Vorbildes hat der Führer der Danziger Kaspartei, ein Herr Kreier, einen Sonderberichterstatter des Warschauer Regierungsblattes „Kurier Poranny“ ein Interview gewährt. Genau wie sein Herr und Meister, der Oberst, redet auch der Danziger in zwei Sprachen. Die eine tritt in den Berichtigungen der Kaspartei in Funktion, die zweite gegenüber ausländischen Journalisten. Zum Vertreter der „Polacken“ Zeitung sprach der Nazi wie folgt: „Ich glaube absolut an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung zwischen Polen und Danzig. Ich bin überzeugt, daß wenn wir in Danzig am Ruder wären, wir eine Verständigung mit Polen weit „rascher und besser“ erzielen könnten, als der gegenwärtige Senat. In der Vergangenheit ist der sich Danzig gegenwärtig befindet, kann man mit hundert Arbeitern die Arbeit auf dem Boden der Verfassungslage, die der Durchführungsplan der Danziger Problem hat nichts mit der Korridorfrage zu tun.“

Nach bekannter Art wird morgen der Danziger Kaspartei erkläre, der polnische Journalist habe sich diese Worte aus den Fingern gelassen!

SOS-Rufe der Gemeinden

SPD. und die Not der Gemeinden - Mittelbadische Gemeindevertreterkonferenzen fordern von Reich und Staat Arbeitsbeschaffung und Hebung der Notlage der Gemeinden

Die Sozialdemokratische Partei als Anwalt der Armen und Bedrückten hat sich von jeher die Aufgabe gestellt, vorhandene Not zu bannen. Sie tut dies nicht nur einzelnen Personen gegenüber, sondern auch den notleidenden Körperschaften. Da sind es vor allem die Gemeinden, insbesondere aber die mit starker Industriearbeiterschaft durchsetzten Landgemeinden, die unter der Wirtschaftskrise außerordentlich leiden und dem Ruin entgegengehen. Aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratische Mittelbadische Gruppe am Sonntag im 21. Gemeinde-Gruppenkonferenz, davon allein 17 im Verbreitungsbezirk unseres Blattes, des „Volkstreuers“

aufgerufen, die alle durchweg stark besucht waren. Die Vertreter der einzelnen Gemeinden schilderten die ungeheure Not und den drohenden Zusammenbruch ihres Gemeinwesens. Es war ein erschütterndes Bild, das auf den Konferenzen in deren Strichen gemalt wurde. Mögen die Notrufe und Warnungen bei den zuständigen Stellen die nötige Aufmerksamkeit und Beachtung finden und zwar ehe es zu spät ist, denn die Gemeinden gleichen einem sinkenden Schiff, das seine erschütternden SOS-Rufe hinausjuckt, um Rettung zu erbitten. So handelten auch die Konferenzen am Sonntag, indem sie die SOS-Rufe der Gemeinden in folgender

Art der Landgemeinden. In einer Entschlüsselung wird die badische Regierung um sofortige Hilfe ersucht.
Die nächste Gruppenkonferenz soll im nächsten Monat stattfinden.

Gruppe Forchheim

Bei der am Sonntag, den 18. d. M., stattgefundenen Konferenz in Forchheim referierte Stadtrat Gen. Kappes über das Thema „Die Not der Gemeinden“. In einem einleitenden Referat sprach er über die Not der Gemeinden, die im Bereich der Möglichkeiten liegen, und unter allen Umständen abgemildert werden müssen, wenn die Gemeinden vor dem völligen Ruin bewahrt werden sollen. Mit dem Hinweis, schafft Arbeit und somit Brot für unsere Arbeitslosen fand der Redner warmen Beifall. Er appellierte deshalb ganz besonders an die Reichs- und Landtagsfraktion, in dieser Hinsicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um auch für die Gemeinden Mittel zu schaffen, damit diese in die Lage versetzt werden, auch Notstandsarbeiten ausführen zu können. Redner behandelte sodann das sehr schmerzhafte Verhalten der SPD, die ja in jeder Beziehung mit den Erwerbslosen Schindluder treibt. Aufklärung leitens unierer führenden Genossen unter der breiten Masse tut dringend not. Besondere Genugtuung konnte man unter den Teilnehmern feststellen, als er die Resolution bekannt gab. Für sein hochstehendes kommunalpolitisches Referat fand der Redner starken Beifall. In der nun folgenden Diskussion, die von 13 Rednern bestritten wurde, kam klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Not in den Gemeinden eine ungeheure ist, und wenn nicht schnelle Hilfe kommt, so dürfte manche Gemeinde dem Zusammenbruch nicht mehr verhindern können. Die Steuerforderungen sind aufs äußerste angepannt und wenn in einem Ort 1.88 M. von hundert Mark Steuerwert bezahlt werden muß, so beweise dies, daß in einem Industrieort, wo alles arbeitslos ist, es einfach unmöglich ist, die Steuer einzutreiben. Sehr scharf kritisiert wurden besonders die Steuerüberwälzungen an die Gemeinden. Es sollte eben nicht vorkommen, daß Überwälzungen für Gemeinden die für die Wohlfahrt bestimmt sind, einfach für andere Zwecke Verwendung finden, d. h. Schulden der Gemeinden an Steuern usw. bezahlt werden, so daß vielfach die Gemeinden nur noch ein Überwälzungsscheißen erhält anstatt Geld. Der Redner betonte, daß die Gemeinden in der Lage sind, die Steuern zu zahlen, wenn sie nur die Mittel dafür erhalten. Ein besonderes Kapitel bildete sodann das Verhältnis zwischen Stadt und Land und es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß hier mehr Hand in Hand gearbeitet wird, gerade derartige Konferenzen seien besonders dazu angetan, die Rechnungen auszuwachen, damit der Städter auch den Genossen vom Land und umgekehrt kennt. Besonders wichtig und interessant waren die Ausführungen in der Milchpreisklage. Es zeigte sich ganz besonders, daß es unmöglich ist, den Zustand beizubehalten, den wir jetzt haben.

Gen. Kappes ging dann im Schlußwort auf die Diskussion ein. Die Verammlung war sehr gut besucht und nach 4 Stunden konnte der Vorliegende Karle die sehr interessante Verammlung mit dem Kampfruf Freiheit schließen.

Gruppe Flehingen

Die von den Orten Rinklingen, Ruit, Bretten, Gölshausen, Bauerbach, Gohlshausen, Rünbach und Sulzfeld besuchte Konferenz wurde von Gen. Kappes geleitet. Gen. Deibel-Karlruhe hielt einleitend ein Referat, in dem er zunächst die Weltwirtschaftskrise skizzierte und überging auf die Verhältnisse in den Gemeinden. Durch die Abwälzung der ganzen Wohlfahrtslasten auf die Gemeinden sind diese in sehr bedrückender Lage gekommen. Die Zahlung von Wohlfahrtsleistungen unterbleibt, es fehlt an dem Geld, um die Gemeinden zu erhalten. Die Schaffung von Notstandsarbeiten ist nicht der Länder und des Reichs. Nicht nur Worte, sondern Taten können der Arbeiterklasse auf dem Lande helfen. Nach dem Referat leitete eine lebhafte Diskussion ein, an der sich die Genossen Schuler-Gohlshausen, Rupp-Bretten, Ebert-Bretten, Eilber-Sulzfeld, Kappes-Gohlshausen, Rupp-Bretten, Himmel-Sulzfeld, Pfaffenmaier-Gohlshausen und Weh-Bretten beteiligten. Im allgemeinen wurde mehr Aktivität von der Partei in der praktischen Fürsorge für die Ausgesetzten auf dem Lande erwartet. Der Schritt der Landtagsfraktion um Arbeitsbeschaffung wurde begrüßt. Die Lage der Gemeinden ist vielfach schon derart, daß auch mit der fünffachen Bürgersteuer (die ja nichts einbringt) nicht gehalten werden kann. Ist eine Gemeinde noch in der Lage, die Ausgesetzten zu helfen, dann verfallen die bürgerlichen Mehrheiten auf den Rathäuern. Alles wird auf die Gemeinden abgeladen (Lehrerbildung), anstatt für Entlastung zu sorgen. Mehr sozialer Geist wäre in den Rosterungen dringend notwendig.

Gruppe Gernsbach-Kuppenheim

Die in Kuppenheim stattgefundenen Konferenz wurde um 2.40 Uhr eröffnet. Teilnehmer etwa 80 Vertreter des Rurg- und Postales, der Referent, Genosse Schmelenbecker, Stadtrat in G. Baden, führte u. a. aus: Durch den starken Rückgang bei der Steuerüberwälzung des Reiches an Land und Gemeinden kommen besonders notleidende Gemeinden schlecht weg. Die Lebensmöglichkeit der ausgebeugten Notstandsarbeiter wird deshalb wegen Mangel an Mitteln ins Unrechtliche gezwungen. Neue Steuern sind in den Gemeinden zur Zeit ein Ding der Unmöglichkeit, da die alten Außenstände nicht betragbar sind. In die Voranschläge können nicht mehr genügend Mittel für die Notleidenden eingestellt werden und ist es nicht selten, daß eine sechsköpfige Familie mit 15 M. und noch weniger die Woche auskommen muß. Das Reich hat kein Recht, ein Fünftel der Kräfte, und die Wohlfahrtsfürsorge ganz den Gemeinden aufzuwälzen. Notstandsarbeiten haben nur den einen Zweck, wenn die Arbeiter auch vernünftig entlohnt werden. Die von den Nazis und Bürgerlichen vielerorts beantragte Auflösung der Regiebetriebe lehnen wir ab, da die Unternehmer zum Ausbeuten derselben auf der Lauer liegen. Wir bekämpfen die Wirtliche am Haushalt der Volksschulen und Krankenhäuser und fordern nachträglich die Erhaltung der Simultanstule. Die Waldwirtschaft ist auf das Schlimmste der „alten Deutschen“ zum Zulaufbetriebe geworden, da dieselben es vorziehen, ihre Mädel und Wohnungen aus fremden Händen herbeizuführen zu lassen. In vielen Fällen müßten die Gemeinden die neuerstellten Wohnhäuser in eigene Bewirtschaftung übernehmen, da die Besitzer außerstande sind, den Zinsendienst zu leisten. Die Reichsreform hat den Gemeinden der Gemeinden voranzugehen, unsere Forderung ist das Einfamernsystem, wie in fast allen deutschen Ländern. Unsere Gemeindevertreter haben die praktische Tat, den Nationalratsanträgen der Nazis und Kommunisten entgegenzustellen. Reiches Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten.

In der Aussprache wurde von Gen. Weber (G. Baden) die Arbeitsbeschaffung, so u. a. der Bau der Hainroßstraße, behandelt, auch zeigte derselbe, wie die Gemeinden sich durch Zwangsmaßnahmen gegenüber der faulen Steuerzahler, des Großbaus und Anlagebetriebs sichern können. Gen. Barth (Kuppenheim) sprach über die Schifffahrt der Erwerbslosen durch die Arbeitsämter infolge sinnloser Meldebestimmungen. Gen. Rosengatter (Gag-

Resolution an das badische Ministerium des Innern

zum Ausdruck brachten, um Hilfe zu erlangen:
Die mittelbadischen sozialdemokratischen Gemeindevertreter-Gruppenkonferenzen, die am 18. Dezember in eingehender Weise das Thema: „Die Notlage der Gemeinden und deren Bekämpfung“ behandelten, unterbreiten dem verehrlichen badischen Ministerium des Innern folgenden Dringlichkeits-Antrag.

1. Zweck Erlangung einer größeren finanziellen Hilfe zur Beschaffung der im Grenzlande Baden besonders großen Zahl vorhandener Wohlfahrtsarbeiten, welche die badische Regierung unverzüglich und in nachdrücklicher Weise an die Reichsregierung heranzutreten. Hierbei wird an einen Kredit zunächst in Höhe von 20-30 Millionen Mark, abgibt, der das Land Baden in den Stand setzt, Beschäftigungskredite den notleidenden Gemeinden gemäß der Kapital ihrer vorhandenen Wohlfahrtsarbeiten zur Verfügung zu stellen.
Die Gemeinden haben die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zur Durchführung solcher dringender Arbeiten zu verwenden, die sonst aus Mangel an Mitteln unterbleiben müßten. Die Drohung der Arbeiten für die öffentliche Hand in den letzten Jahren haben Wege, Straßen, Eisenbahnen, Gräben, Kanäle, Brücken, Hofanlagen und Gebäude aller Art außerordentlich ungesund gemacht. Eine Menge von Brücken bedürfen zur Bewältigung eines mit der erforderlichen Sicherheit angelegten Kraftwagenverkehrs dringend der Befestigung oder eines Umbaus und in einer Reihe von Fällen der gänzlichen Erneuerung. Post- und Eisenbahn haben im Direktionsbezirk Karlsruhe ebenso wie anderwärts mit der Vornahme notwendiger Arbeiten sehr zurückgefallen. Die badische Regierung wolle geeignete Schritte unternehmen, daß die genannten Behörden sich ebenfalls an der Besehung

der erforderlichen öffentlichen Arbeiten in bestmöglicher Weise beteiligen. Zu diesen Arbeiten ist der größtmögliche Prozentsatz von Fläche oder in der Umgebung vorhandener Wohlfahrtsarbeiten zu beschäftigen. Mit dem einmütigen Beschlusse gefordert Finanzbeitrag dürfen etwa 30 000-40 000 Wohlfahrtsarbeiten auf die Dauer von etwa 3-4 Monate beschäftigt werden können. Es ist Aufgabe des Reiches, diesen dringenden Not unter den Erwerbslosen, insbesondere unter den langfristigen Wohlfahrtsarbeiten zu helfen und die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erforderlichen Mittel zu schaffen, sei es durch Auflegung von Prämien- oder Zwangsanleihen oder beiden zusammen genommen.

Rasche Hilfe tut not!
Die Erwerbslosen haben ein Recht auf Leben.
2. Als Hebergangsmahnahme wolle die badische Regierung unverzüglich und zwar noch vor den Weihnachtsfeiertagen einen

Kredit in Höhe von 2-3 Millionen Mark, der später dem Land Baden durch das Reich zurückzuführen ist, den notleidenden Gemeinden zur sofortigen Verfügung stellen. Mit diesem Kredit sollen alle in den Gemeinden besonders Notleidenden vor Hunger und Kälte geschützt werden. Diese Mittel sollen unter Zugrundelegung der Zahl der Notleidenden in den einzelnen Gemeinden zur Beschaffung der notwendigen Lebensmittel und Brennstoffen und für Beschaffung oder Instandhaltung von Schuwerkzeug und akuterer Winterkleidung verwendet werden. In den verkehrsreichen Gemeinden sind die Fürsorgegebäude und in den Landgemeinden die Bürgermeisterämter unter Mitwirkung der Gemeinderäte mit der Zuteilung der Naturalien an die Notleidenden zu betrauen. Für die Weihnachts- und Neujahrswoche dürfen trotz der Abgabe der Naturalien die notwendigen Barunterstützungen nicht gestrichelt werden.

Einzelberichte:

Gruppe Auenheim

Der Vorsitzende Gen. Schuster-Auenheim konnte eine stattliche Anzahl Gemeindevertreter begrüßen und erteilte dem Referenten, Gen. Trints, das Wort zu seinen Ausführungen. In seinem Referat stellte Gen. Trints die Vorgänge der zurückliegenden Zeit mit der Betonung, daß die feinen Herren immer verüben, den Einfluß der Arbeiterklasse in den Parlamenten zu beschränken. Wenn es den Herrschaften zum Teil gelungen ist, so nur deshalb, weil ihre Hilfstruppen, die SPD, ihre Hauptaufgabe darin erblickten, die SPD zu bekämpfen. Das Gebot der Stunde ist, die Not zu lindern und es muß sowohl im Reichstag wie im Landtag und den Gemeindeverwaltungen alles getan werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Gen. Vögler-Rehl betonte, daß Rehl mit seinen 160 Wohlfahrtsarbeiten einen Umlaufsatz von 1,28 M. und der leistungsfähigen Bürgersteuer am Ende angelangt ist, trotzdem die Stadtverwaltung in den zurückliegenden Jahren jedes Mittel benutzt hat, um Arbeit zu schaffen, was eine enorme Zinsen- und Amortisationslast zur Folge hat. Gen. Weid-Weidheim und Gen. Kniefe-Gebauer betonten, daß die Genehmigung von Notstandsarbeiten von Seiten des Reichsanwalts und Kulturbaurechts nicht das nötige Verständnis entgegengebracht wird. Gen. Schmitt-Freitett führte an, daß in unserem Bezirk an den einzelnen Klubhäusern überall notstandsähnliche Notstände durchzuführen wären, um sämtliche Erwerbslosen zu beschäftigen. Die Gen. Ehrig und Auer-Auenheim sowie Red. Böhmer-Weidheim sind für sofortige Inanspruchnahme großer Notstandsarbeiten. Die eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme.
Als nächster Tagungsort im Frühjahr 1933 wurde Wülfling vordringlich.

Gruppe Blankenloch

Die Gemeindevertreter-Lösung war seitens der Ortsgruppen sehr stark besucht: Gagsfeld 2 Gemeinderäte und 12 Beordnete, Blankenloch 0.3, Südd. 1.2, Graben 1.4, zusammen also 4.19. Referent war Gen. Pfalsars-Durlach. Das Thema an und für sich ein aktuelles war und dazu ein Mann aus der Partei, um den Genossen sprach, wurde der Zweck vollkommen erreicht. Die Diskussion war eine sehr rege und hochinteressante und bewies dem Referenten, daß die Genossen mit großem Interesse und Verständnis seinen Ausführungen und Beispielen folgten. Neben dem Problem der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitslosenbetreuung wurden auch andere Fragen wie Steuererleichterungen, verbilligter Strombesitz, die Politik im Land und Reich usw. eingehend besprochen. Nach Annahme einer Resolution an das badische Ministerium des Innern konnte Gen. Weidmann-Blankenloch mit Worten des Dankes an den Referenten und die Erschienenen gegen 6 Uhr die Tagung schließen. Nächster Tagungsort Graben.

Gruppe Sulzbach

Die am Sonntag, den 18. Dezember, in der „Krone“ in Reichenbach stattgefundenen Konferenz der Gruppe Sulzbach war sehr gut besucht. Anstelle des anderweitig tätigen Genossen Werner wurde Genosse Ziegler als Vorsitzender gewählt und erteilte nach kurzer Begrüßung der Anwesenden der Landtagsabgeordneten Genossen Fißler das Wort. Frau Fißler wies auf die ungeheure Not in Deutschland hin, die besonders die unteren Volksmassen brüht. Die Nazis behaupten, daß die marxistische Herrschaft durch unsere falsche Wirtschaftspolitik herbeigeführt habe. Doch verweigern diese politischen Zuhörermeister Schambaff, daß noch

nie im Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit bestanden hat. Ebenso verweigern die Nazis, daß das Reich die Steuerüberwälzungen an die Gemeinden immer mehr gestrichelt hat. Aber gerade diese Tatsache ist das Grundübel in der großen Verelendung der Gemeinden. Ebenso obliegt es den Gemeinden, die Ausgesetzten und sonstigen Hilfsbedürftigen zu betreuen. Die näheren Ausführungen darüber betrafen die Genossen Fißler mit statistischem Material.

In der anschließenden Diskussion meldeten sich die Genossen Stahl, Reutelschäfer, Kniefe, Bader, Kreiser, Kniefe, Kniefe, Schred, Kniefe, sowie Genossen Wandel und Häler zum Wort. Der Reichenbacher Genossen verurteilten die Konferenz mit den zwei Reden: „Die Fahne hoch“ und „Empor zum Licht“. Genossen Fißler, die nach dem Referat reichen Beifall erteilte, stellte im Schlußwort verschiedene Unklarheiten, die sich aus der Diskussion ergeben hatten, richtig. Mit Worten des Dankes an Referent und Zuhörer schloß der Vorsitzende Gen. Ziegler die Konferenz, welche die von Genossen Fißler vorgelegene Resolution einstimmig angenommen hatte.

Auf der Gruppenkonferenz ergaben sich durch Rundfrage folgende Feststellungen über die Arbeitslosigkeit: Sulzbach hat 14 Wohlfahrtsarbeiten, 10 Fürsorgeeinrichtungen; Langenleinsbach 7 bzw. 40; Genot 13 bzw. 7; Reichenbach 5 bzw. 60; Sulzberg 14 bzw. 8; Göttingenweier 25; Göttingenweier 800 Personen.

Gruppe Eggenstein

Die in Niedolsheim stattgefundenen Gemeindevertreter-Gruppenkonferenz, die von dem Genossen Bauer aus Eggenstein geleitet worden ist und in der Genosse Jäck aus Göttingen referierte, war von 37 Genossen besucht. Genosse Jäck, der als Bürgermeister einer großen Arbeiterwohnzone in der Bekämpfung der Not der Zeit seit Jahren mit in vorderster Front steht, ging in seinem Referat einleitend auf die Bedeutung der Gemeinde als U zelle des Staatswesens ein, kam auf die heilige Not zu sprechen, und betonte, daß man es der Gemeinde überlassen solle, die Opfer der Wirtschaftskrise zu unterliegen. Der Referent erinnerte daran, wie die Regierung Müller seiner Zeit gestützt worden ist, weil sie Mittel für die Arbeitslosen verlangte, die an sich nicht vorhanden waren und die schließlich in weit größerem Umfang zur Verfügung gelangen haben, als die Regierung Weidmann am Ruder war. Schließlich zeigte er auf, wie Baden während der mecklenburger Bevölkerung und der Rentner erfolgt ist, während man für die Industrie Einstellungsbrämien, für den Großgrundbesitz Steuererleichterungen und Subventionen übrig hatte. Nachdem man uns in diese ungeheure Not hineingemantelnd hat, überlasse man die Notleidenden der Gemeinde, deren Steuerquellen jedoch erschöpft sind. Es sei ein Fehler, daß man bei den Regierungshelmen annehme, man müsse besonders den großen Städten Hilfe bringen, weil man diese als Gefahrenherde betrachtet. Heute sei die Ursache in den Landgemeinden derart groß, daß es der reichsten Hilfe bedarf, um zu vermeiden, daß die notleidende Landbevölkerung zu Revolution übergeht, die nicht mehr aufgeschoben werden könnten und an Gefährlichkeit alles übersteifen würden. Redner verlangte einen gerechten Verteilungsschlüssel für die Steuerüberwälzungen an die Gemeinden.

Der Referent hatte, wie die Diskussion, von der lebhaft Gebrauch gemacht worden ist, zeigte, den Genossen aus den Landgemeindepärlamenten aus dem Herzen gesprochen. Die Genossen erwarteten rasche Hilfe unter besonderer Berücksichtigung

genau) sagte, daß auch wir als Gewerkschafter das Recht haben, die noch bestehenden hohen Gehälter der Gemeindeglieder und anderer einer scharfen Betrachtung zu unterziehen. Gen. Hertweck (Wilschweiler) will dem Freiwilligen Arbeitsdienst mehr Aufmerksamkeit zugewendet haben, damit derselbe nicht militärisch ausartet. Gen. Berger (Dittenau) bemängelte die noch immer nicht geregelte Behandlung ausgefeuerter Kranker, besonders bei notwendig werdender Krankenhausbehandlung. Gen. Sauer (Sulzbach) beehrte sich mit dem Almosenwesen für Arbeitslose seitens verschiedener Verbände. Gen. Hänel (Kuppenheim) hielt das finanzielle Ende der Gemeinden, falls nicht ganz schnell Hilfe kommt. Die Genossen Westermann (Kotenfels), Stern (Gernsbach) und Lang (W. Baden) sprachen ebenfalls, letzterer besonders an die jungen Genossen, daß dieselben eine gute Zukunft zu verlieren haben, falls sie sich nicht voll und ganz für die sozialistische Planwirtschaft einsetzen.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Gen. Schmelenbecher und Annahme der eingetragenen Entschließung fand die von hoher Begeisterung für unser Ziel getragene Tagung mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ ihr Ende.

Gruppe Grünwettersbach

Die Konferenz tagte im Volkshaus in Aue und war sehr gut besucht, so daß Gen. Eiermann-Grünwettersbach, als Leiter der Versammlung eine ansehnliche Zahl von Genossinnen und Genossen, die in der Gemeinde tätig sind, begrüßen konnte. Das einleitende Referat hatte Genosse Bürgermeister Lehmann-Grünwettersbach übernommen, der sowohl die Notzustände in den Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung der Landgemeinden schildert, sowie auch darauf hinweist, wie das Geld gebannt werden kann. Er kam auf die Entstehung der Not der Gemeinden zu sprechen, die er vor allem in dem Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen auf der einen Seite und dem Nachlassen der Steuererträge auf der anderen Seite begründete. Besonders scharf wandte er sich gegen die ungleiche Verteilung der Ueberweisungssummen gegenüber den Landgemeinden, wodurch letztere gegenüber den Städten ungünstiger behandelt werden. Den Grund der Not der Gemeinden hemeile unter anderem die Tatsache, daß die Kinder dieser Landbewohner von Haus zu Haus betteln gehen müssen, um die Familie vor dem Verhungern zu retten. Eindringlich warnte er vor der Meinung, die vieler Stadtbewohner, daß es den Landbewohnern heute besser ergehe, wie den Stadtern. Bezüglich des Arbeitsdienstes vertrat der Referent den Standpunkt, daß als Leiter des Arbeitsdienstes oft Leute bestimmt sind, die mehr theoretisches als praktisches Können aufweisen.

Das kurze, aber inhaltreiche Referat, das aus der Praxis geschöpft war, fand allseitigen Beifall. Die Ausführungen des Referenten lösten eine längere Diskussion aus, an der sich die Genossen Glas-Durlach, Joh. Durlach, Dahn-Aue, Genossin Vogels-Durlach, Gen. Storch-Durlach, Hentzenhaff-Grünwettersbach, Sauer-Aue, Hesel-Durlach, Eitel-Karlruhe, Steinbrunn-Durlach, Wagner-Grünwettersbach, Heinrich Dahn-Aue und Seibel-Grünwettersbach beteiligten. In der Aussprache wurden die Darlegungen des Referenten unterfritten bzw. noch ergänzende Bemerkungen gemacht. Die Redner sahen die höchste Stufen des Bedauerns und wurde auch eine entsprechende Entschließung dazu einstimmig akzeptiert. Nach dem Schlusswort des Genossen Lehmann fand die vorgelegte Resolution einstimmige Annahme.

Gruppe Gengenbach

Die Gemeindevertreter-Konferenz in Gengenbach nahm einen sehr guten Verlauf. Nach der Eröffnung der Konferenz durch Gen. Schäle (Gengenbach) referierte Bürgermeister Genosse Säger (Reutesheim). Im ersten Teil des Referats behandelte Genosse Säger die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den Kommunen. Er wies auf die Bedeutung einer gesunden Gemeinde und stellte die realpolitische Arbeit der Partei in grundsätzlicher Weise heraus. Die Gemeinde hat sich auch vor allem in den Dienst der Armen zu stellen durch Gewährung einer ausreichenden Fürsorge, Vermittlungsfreiheit, Bezugsfreiheit, alles Forderungen sozialdemokratischer Gemeindeglieder. Der Referent streifte auch unsere Arbeit im Kreis und Bezirksrat. Der zweite Teil des Referats befahte sich mit der Not der Gemeinden und Maßnahmen zur Linderung derselben. Durch Kürzungen der Ueberweisungen von Reich und Land wächst die finanzielle Not der Gemeinden, dazu kommen verminderte Steuereinnahmen und geringere Einnahmen aus dem Gemeindevermögen. Auf der anderen Seite wachsen die Ausgaben der Gemeinden. Die Lehrerbeiträge belasten die Gemeinden schwer, ebenso die steigenden Fürsorgeausgaben. Notstandsarbeiten müssen geschaffen werden und mit allen Mitteln muß das Los der Armen verbessert werden.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Es beteiligten sich folgende Genossen: Straß (Offenburg), Kuf (Gengenbach), Bräuerle (Bershaupen), Feist (Bershaupen), Arnold (Bell a. S.), Müller (Offenburg) und Hege (Offenburg). Die Aussprache diente zur Klärstellung der Verhältnisse in den einzelnen Orten. Am Schlusse der Konferenz wurde der Dringlichkeitsantrag an das Innenministerium zur Frage der finanziellen Not der Gemeinden, der Arbeitsbeschaffung und sofortige Winterhilfe einstimmig angenommen.

Gruppe Heildelheim

Die am 18. Dezember in Heildelheim stattgefundene Gemeindevertreterkonferenz war von allen Orten mit Ausnahme von Reuthardt gut besucht. Gen. Höhn-Karlruhe sprach über die Auswirkung der Notverordnung auf die Gemeinde und verbreitete sich besonders über die Siedlungsprobleme. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Müller-Selmsheim, Köhler-Gondelsheim, Gen. Bürgermeister Müller von Forst vertrat sich eingehend über die finanzielle Lage der Gemeinden. Der Beitrag zur Lehrerbesoldung hat die Gemeinden ganz besonders belastet. Es wurde besonders die Notwendigkeit einer Hilfe für die Arbeitslosen noch vor Weihnachten betont. Nachstehende Aufstellung gibt Auskunft über die Wohlfahrts- und Fürsorgeunterstützungen der Gemeinden. Heildelheim hat 25 Wohlfahrtsunterstützungen (WU), 45 Fürsorgeempfänger (FE), außerdem erhalten 60 Erwerbslose überhaupt nichts, Gondelsheim 36 WU, 20 FE, Forst 126 WU, 54 FE, 354 EM, erhalten nur 4 M wöchentlich. Im Gansen hat Forst 600 EM, bei 3000 Einwohnern. Rinklingen 36 WU, hiervon erhalten nur 12 WU, 4 M pro Woche, Selmsheim 12 WU. M. S.

Gruppe Muggensturm

Die Gemeindevertreterkonferenz der Gruppe Muggensturm fand am Sonntag, den 18. Dezember, mittags 2 Uhr, im Bad. Hof in Muggensturm statt. Anwesend waren Gemeindevertreter von Malsch, Muggensturm, Rastatt, Sandweier und Haueneberstein. Nicht vertreten waren die Orte Oberweier, Niederbühl und Ottersdorf. Als Referent war Gen. M. Schneider-Baden-Baden erschienen, der das Thema „Die Notlage der Gemeinden und ihre Bekämpfung“ behandelte und durch seine klaren, gut verständlichen und ebenbürtigen und belehrenden Ausführungen volle Anerkennung fand.

Von der Diskussion wurde sehr reger Gebrauch gemacht. Es sprachen: Gen. Ulrich-Sandweier über steuerliche Belastung der Gemeinden. Gen. Reinfelder-Rastatt über die Notlage im Bezirk Rastatt, sowie über Arbeitsbeschaffung und Finanzierung derselben. Gen. Berth-Sandweier über Landwirtschaft und Arbeitsbeschaffung. Gen. Spath-Muggensturm kritisierte das Verhalten der Presse gegenüber der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung und sprach noch über das Beamtenbesoldungsproblem. Gen. Reinfelder-Rastatt nahm Stellung zu der durch die Notverordnung geschaffene Möglichkeit der Umgehung von Gemeinderats- und Bürgerausschüssen durch die Bürgermeister. Gen. Frick-Haueneberstein behandelte die von Gen. Schneider bekannte Resolution an das Innenministerium zur Linderung der Notlage der Gemeinden und der Wohlfahrtsunterstützungen, fand einstimmige Annahme.

Zum Schluß wurde dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß in Bälde in Rastatt eine Bezirkskonferenz stattfinden soll, welche sich mit politischen Tagesfragen befaßt.

Gruppe Oberachern

Die Konferenz der Gruppe Oberachern war von 21 Genossen besucht. Nicht vertreten war Dunsbach. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden Kaiser hielt Gen. Selpeter ein sehr lehrreiches Referat, in welchem er zur Einleitung und besserem Verständnis der Ursachen der schlechten Finanzlage der Gemeinden auf die allgemeine Reichspolitik eingieng. Redner schilderte dann, wie so die Gemeinden in die jetzige Notlage geraten und daß die Beiratsorgane der SPD-Fraktion bekannt, die daraufhin ausgeben, den Gemeinden Hilfe zu bringen. Alle Kräfte müssen zusammenwirken, um das zu erreichen; auch unsere Gemeindevertreter müssen dabei mithelfen. Als erste Pflicht obliegt es unseren Vertretern für Arbeit für die Arbeitslosen besorgt zu sein; wozu von Staat und Reich unbedingt Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Vortrag des Gen. Selpeter löste eine sehr lebhafte Aussprache aus, an der sich eine Anzahl Genossen beteiligte. Aus den Ausführungen der Diskussionsredner klug immer wieder die Sorge um die Notleidenden, die nicht mehr in der Lage sind, ihr Leben zu fristen und von den Gemeinden nur unzulänglich unterstützt werden. Zum Ausdruck kam aber auch, daß nicht alle Gemeinden es verstehen, den richtigen Weg zu finden um der Not zu weichen. Auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes kann die Not nicht gelindert werden, es entspricht das Vorgehen dabei nicht immer den gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Allgemein wurde gefordert, daß Reich und Land Mittel für Notstandsarbeiten bereit stellen müssen. Mit Vertretungen muß nun endlich Schluss gemacht werden. Die Aussprache fand ihren Niederschlag in einer Resolution an die badische Regierung. Es hat sich jetzt zu beweißen, ob all die schönen Reden der Staatsmänner nun Verpfändungen sind oder ob sie nun Tat werden sollen. Es ist aber auch allerhöchste Zeit.

Gruppe Oberkirch

15 von 31 Gemeindevertretern aus den Reichsaemden fanden sich pünktlich zusammen, um den treffsichernden Worten des Referenten, Gen. Schulz-Käuflein-Offenburg mit größtem Interesse zu folgen. Ausgehend von den verschiedenen Ursachen der heutigen Not der Gemeinden, zeigte er auch die Wege auf, die eine Besserung herbeiführen imstande sind. Durch das einleitende Referat wurde eine ausgiebige Diskussion ausgelöst, die von allen Anwesenden bestritten wurde. Jeder Gemeindevertreter kennt die Mühe und Sorgen der Kommunalverwaltungen aus eigener Erfahrung, und die SPD-Vertreter auf den Rathäuern dürfen sich behaupten, bisher alles daran gesetzt zu haben, um der Verwaltung und der Bevölkerung auf dem Gebiete des Gemeindevollzugs das Leben zu erleichtern.

Der Gedankenaustausch gab für manche eine Anregung und dieses harmonische Zusammenarbeiten der Konferenzteilnehmer herbeiführt zu haben, ist das Verdienst des Referenten. Einig waren sich alle darüber, daß eine großzügige Arbeitsbeschaffung den Gemeinden und dem Lande einleuchten muß, und zwar sofort, wenn man den Willen hat, zu helfen. Die Konferenz nahm demzufolge einstimmig die vorgelegte Entschließung an. Was viel wäre noch zu berichten, aber der Raum läßt das nicht zu. Das wichtigste ist, daß die Konferenzteilnehmer alle diese selbstpropheten Dinge bei ihrer Arbeit in den Verwaltungen verwirklicht haben und weiter pervertieren und damit zeigen, daß ehrliches Bestreben ihr Leitfaden ist, um der Allgemeinheit zu dienen. Gegen 7 Uhr trennten sich die Verammelten mit herzlichem Dank an den Referenten.

Gruppe Philippsburg

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Huttenheim eröffnete um 2 1/2 Uhr die Konferenz, begrüßte die anwesenden Genossen, sowie den Referenten Gemeinderat L. Glunt (Gittingen) und wünschte der Konferenz eine guten Verlauf. Genosse Glunt schilderte in seinem Referat die Not der Gemeinden sowie auch die Not derer, die aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen sind, weil die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, Arbeitsmöglichkeiten oder eine ausreichende Unterstützung zu gewähren. Es kam allgemein zum Ausdruck, wenn nicht schnelle Hilfe von Seiten des badischen Staates den Gemeinden zuteil wird, die Not sich katastrophal auswirken muß. In der Diskussion kam die Unzufriedenheit wegen der Lehrerbeiträge, welche die Gemeinden an den Staat abführen müssen, klar zum Ausdruck. Ferner verlangten die anwesenden Gemeindevertreter, daß viele Arbeiten, welche heute im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gemacht werden, unbedingt als Notstandsarbeit ausgeführt werden müßten.

Als nächster Tagungsort wurde Philippsburg bestimmt.

Gruppe Wörsbach

Die Lage innerhalb der Landgemeinden zeigte in seinem Referat in unserer Konferenz Gen. Lohmann-Forstheim. Er betonte u. a.: Während Reich und Länder jederzeit ihren Haushalt unter Aufwahrung aller unlieblichen Ausgaben auf die Gemeinden ausgleichen können, stehen die Gemeinden mit ihren Etats stets am Rande des Bankrotts. Es ist daher nicht immer verwunderlich, wenn Gemeinderäte glauben, die Verantwortung von Sachen, vor denen sich Reich und Länder drücken, nicht übernehmen zu können. Hierbei ist nur an die Bürger, Bier, Getränke und Hundesteuer sowie an Wohlfahrtsausgaben, Lehrerbeiträge und Landstrafenbeiträge erinnert. Andererseits kann eine Gemeinde nicht so rigoros vorgehen wie das Reich in Steuererlassen, da die Landwirtschaft heute fast völlig zahlungsunfähig ist. Mit unabweislichen Worten legte Gen. Lohmann die Not der Arbeitslosen auf dem Lande und deren Kinder dar, wozu die Schulräte ein breites Zeugnis ablegen könnten. Es wäre allen denen, die einer Besserstellung des ländlichen Arbeitslosen in ihrem Standesbewußtsein selbst einmal mit diesen gegenüber das Wort reden zu empfehlen, selbst einmal mit diesen zu diskutieren. Der freiwillige Arbeitsdienst ist ein sehr willkommenes Vorwärt für eine gewisse Kategorie von Menschen, um durch ihn einen verdrängten Militarismus herauszubilden. Unsere unbedingte Pflicht ist es aber, dieser Bewegung mehr Aufmerksamkeit zu schenken und selbst hierin mitzuarbeiten.

Die Forderung der Konferenz deckte sich mit der vorgelegten Resolution vollständig.

Von der Diskussion machten zwei Genossen Gebrauch. Besucht war die Konferenz von 2 Bürgermeistern, 9 Gemeinderäten, 36 Gemeindevertretern und 5 Gästen. Neben 180 Hauptunterstützungsempfängern und 590 Familienunterstützungsempfängern haben die fünf zur Gruppe Wörsbach gehörenden Gemeinden 844 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu betreuen. Keine Unterstützung erhalten circa 382, so daß die Zahl der Erwerbslosen in diesen Gemeinden circa 2150 beträgt. Die Einwohnerzahl derselben beträgt etwa 12.850.

Gruppe Weingarten

Bei der am Sonntag nachmittags 3 Uhr in Untergrombach statt behafteten Gemeindevertreter-Konferenz referierte Genosse Kleiner (Karlruhe) über das bei allen Konferenzen gestellte Thema: „Die Notlage der Gemeinden und ihre Bekämpfung“. Genosse Kleiner, der in dieser Materie die nötigen Voraussetzungen besitzt, konnte an Hand von Beweisen den Teilnehmern vor Augen führen, daß nur eine planmäßige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung jeglicher Art den Gemeinden ihre Notlage lindern wird. Seine Ausführungen über den derzeitigen Stand unserer Beschäftigungssituation, sowie die Auswirkungen einzelner Notverordnungen unangenehm der Gemeinden, zeigten die große Not der von uns betroffenen Klassen. Zufammenfassend waren die Worte überzeugend, daß nur Arbeitsbeschaffung heute unter Lösungswort sei, alles andere kommt in zweiter Linie.

In der Diskussion konnten die einzelnen Redner aus den Orten des Bezirks an Hand von Zahlen die große Not ihrer Gemeinden zu Gehör bringen. Gromingen hat heute circa 240 Wohlfahrtsunterstützungen, sowie über 350 noch in Unterstützung stehende Erwerbslose. Gromingen brachte an Unterstützung für den Monat November 11.000 M auf, alle Steuerquellen sind erschöpft. Steuerliche Rückstände sind über 100.000 M vorhanden. Das gleiche berichtet der Ort Weingarten, der ungefähr 700 Erwerbslose hat, darunter 230 Wohlfahrtsunterstützungen mit einem monatlichen Aufwand von 6000 M. Weingarten hat eine Summe von Rückständen in einer Höhe von 144.000 M. Untergrombach hat 150 Erwerbslose, darunter 50, die von der Gemeinde Unterstützung beziehen und einen Aufwand von monatlich 500-600 M. Dasselbe kann von dem Ort Obergrombach berichtet werden. Diese Zahlen geben allen Aufgeklärten Anlaß, einstimmig für die ihnen vorgelegte Entschließung zu stimmen, um mit allem Nachdruck die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durchzusetzen, sonst wäre ein Zusammenbruch der Gemeinden nicht zu verhindern.

Gruppe Zeulern

Tagte im „Bürgerhof“ in Bruchsal. Vertreten waren 5 Gemeinden und zwar Bruchsal, Oettingen, Unteröwisheim, Weiber und Neuhardt. Genosse Wilhelm Koch interessierte die Versammlung durch eine groß angelegte Rede, in der er seine Erfahrungen im Fürsorgeamt sehr präzis verriet. Die Art der Bedürftigkeit für die Fürsorgeämter der Städte mehr als selber Verständnis an dem Tag zu legen. Es geht nicht an, daß man auf der einen Seite großzügige Milliardenbeträge für Subventionen und Steuererleichterungen auswirft, auf der anderen Seite aber Gemeinden — und namentlich ebensolche Industrie- und Arbeiterwohnortsgemeinden — dem Bettelstab preisgibt. Die Art der Bedürftigkeit ist die Entscheidungserfahren der Arbeitsämter haben vielfach im Gegensatz zum Erwerbslosengebiet, vom dem manniigfachen bürokratischen Labyrinth aus zu kommen.

Die Aussprache war zum Teil sehr eingehend, ganz besonders legte Stadtrat Staiber Verwahrung gegen die Methoden des Reichs ein, die Gemeinden und Länder mit Sägen abzuschleifen, die für diese nur ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten. Gefordert wurde ferner die unverzügliche Inangriffnahme des Baues der beiden Rheinbrücken bei Karau und Seneer, die nur durch unzulässige Eiferstücken der Länderstaaten verzögert wurden. Der Antrag des Stadts Bruchsal wird im laufenden Etatsjahr mit einem Defizit von 420.000 M abzuschließen, der allgemeine Fürsorgeetat ist um 75.000 M überschritten und es wird voraussichtlich noch ein außerordentlicher Fehlbetrag von etwa 200.000 M entstehen. Stadtrat Staiber ein gegen die Ausführung planmäßiger Arbeiten durch den freiwilligen Arbeitsdienst.

Die vorgelegte Entschließung fand bei der Versammlung einstimmige Billigung.

Ein unermüdlicher Freudenpendler ist die gute Schallplatte!

Sie ist deshalb als Weihnachtsgeschenk besonders gut geeignet. Eine kleine Auswahl besonders preiswerter Platten ist hier empfohlen:

- Alfred Piccaver, Tenor, Leoncavallo, Lache Bajazzo. Rückseite: Verdi, Das nur für Dich mein Herz erbebt. . . 30 cm **2.00**
 - Rose Pauly-Dreesen, Duccini, Tosca: Gebet. Rückseite: Mascagni, Cavalleria: Mo euer Sohn einst fortzog. . . 25 cm **1.50**
 - Stranz Die Fledermaus, Overture. Doppelseitig. 30 cm **2.00**
 - Ujiz 2. ungarische Rhapsodie. Doppelseitig. 30 cm **2.00**
 - Weber Der Freischütz, Polpourri. Doppelseitig. 25 cm **1.50**
 - Puccini Madama Butterfly, Jantaste. Doppelseitig. 30 cm **2.00**
 - Verdi Uda: Triumphmarsch. Rückf. Wagner Tannhäuser: Einzugmarsch. . . 25 cm **1.50**
 - Märsche Holzpater: Duahn-Marsch. Rückseite: Töler Schützenmarsch. . . . 25 cm **1.50**
 - Zofel Plant Lippe Detmold. Rückseite: Bäuerlein beim Arzt. 25 cm **1.50**
 - Ludwig Manfred Komml Treibjagd in Rumendof, Oppl. 25 cm **1.50**
 - Auf dem Kasernenhof in Rumendof. Doppelseitig. 25 cm **1.50**
- Vorpiel ohne Kaufzwang jederzeit in unseren Geschäften. Nicht vorhandene Platten werden auf Bestellung schnellstens geliefert.
- ## Volksfreund-Büchhandlung
- Karlsruhe, Waldstr. 28. Fernruf 7020/21

Kleine bad. Chronik

Brand einer Zigarrenfabrik in Sulzfeld
Sulzfeld, 22. Dez. Gegen drei Uhr heute nachmittags wurde die Fabrik durch Feuerfahnen aufgeschreckt.

Berghausen, 22. Dez. Verjuchte Schießwunden. Einer Schießwundenbildung sollte, ist man bei der Spatzschützenvereinigung...

Mannheim, 22. Dez. Hausangriff. Ein doppelstöckiges Haus in Mannheim wurde heute von einem Unbekannten...

Mannheim, 22. Dez. Hausangriff. Der Vorsitzende des Mannheimer Fußballvereins...

Mannheim, 22. Dez. Hausangriff. Die Frau eines Mannes in Mannheim wurde heute von einem Unbekannten...

Mannheim, 22. Dez. Eigenartige Lufterscheinungen. Ganz eigenartige Lufterscheinungen sind hier im Abend beobachtet worden.

Mannheim, 22. Dez. Wilderer festgenommen. Wegen Wilderens wurde ein 49 Jahre alter Mann heute festgenommen.

Mannheim, 22. Dez. Interessanter Ausgrabungsfund. Am Sonntag wurde bei den Ausgrabungen auf dem Heiligenberg...

Mannheim, 22. Dez. Entwichene Strafgefangene wieder gefasst. Dem Mannheimer Bezirksgefängnis entflohen gestern Abend...

Mannheim, 22. Dez. Noch keine Entscheidung in der Frage der Scheidung. Die Scheidung des Ehepaares...

Mannheim, 22. Dez. Schwere Verkehrsunfall. Der Obsthändler...

Die heiligen drei Könige

Weihnachtserzählung von Alfred Heim

Die drei Arbeitslosen erinnerten sich, daß sie als halbwüchsige Knaben von Haus zu Haus als die heiligen drei Könige...

Und so ging das Dreikönigtod noch etliche Strophen weiter. Kinder sammelten sich um die drei wunderlichen Gestalten...

Ein Abend vor dem Fest gelangten sie vor der Stadt an ein stilles Haus. Als sie an der Tür standen, läsen sie ein Firmenschild...

und Durmersheim mit seinem Dreirad-Dieserwagen einen Achenbruch...

Und die heiligen drei Könige tappten leise auf den Füßen hinaus aus der Werkstatt, den Korridor entlang...

„Was? Ihr seid — wirklich — bloß — heilige Dreikönige? Und er sprang über den Tisch und rang im nächsten Augenblick mit Franz...

„Da! hier kein Mensch ist?“ „Der Herr hat sicher wegen Weihnachten schon heute Schluß gemacht.“

Theater - Konzerte - Kunst

Alteitit Eine Chronik, wie sie wohl kaum sinniger und wirksamer gedacht werden kann...

deren eine statische Zahl, weshalb es nicht angängig ist, sie alle mit Namen aufzuführen...

Badisches Landestheater. Am zweiten Weihnachtsfeiertage, vormittags 11.15 Uhr, findet im Landestheater ein „Deutsches Weihnacht“...

Wasserstand des Rheins. Basel Minus 29; Waldsbut 180, gest. 2; Rheinweiser Minus 213; Rehl 213, gest. 2; Maxau 343, gest. 2; Mannheim 202, gest. 1; Caub 133, gest. 5 Zentimeter.

Besucht die Lokale, die hier inserieren!

Table with 6 columns listing various businesses and their addresses: Wirtschaft und Metzgerei zum Waldhorn, Volkshaus Durlach-Aue, Gasthaus zum Auerhof, Tannhäuser, Durlach, Bahnhofswirtschaft, Festhalle Durlach, Gas.haus zum Pflug Durlach, Josef Stahlberger, Otto Kuhn Friseurgeschäft, Engel, Grötzingen, Dörsen, Grötzingen, Kaiserhof Grötzingen, Volkshaus Forchheim, Volkshaus MÖRSCH, Engel, Durmersheim.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1688 Jacob II. aus England vertrieben. — 1732 „Kartwacht“, Entfaltung der Spinnmaschine. — 1870 Rom wird Vatikans Hauptstadt. — 1918 Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge verordnet. — 1918 Auflösung der Volksmarineinspektion, Unruhen. — 1921 Sozialpolitiker Ernst Brände.

Milchpreisabschlag ab 1. Januar 1933

Vom Badischen Molkereiverband wird uns geschrieben: Die Forderung der Verbraucher auf eine Senkung des Milchpreises, die bei der Notlage weiser Volksfamilien verständlich ist, hat seit längerer Zeit die für die Milchversorgung verantwortlichen Kreise beschäftigt. Als Ergebnis hiervon kann festgestellt werden, daß mit dem 1. Januar 1933 eine Jurisdiktion des Milchverkaufspreises in Karlsruhe frei Haus um 2 Pf. auf 26 Pf. vereinbart ist. Der Milchpreisabschlag wurde in Verbindung mit der Anordnung des § 38 des Reichsmilchgesetzes durchgeführt, da sich die Landwirtschaft von den Auswirkungen des § 38 die Möglichkeit verspricht, nicht allein wieder die Lasten des Preisabchlages tragen zu müssen.

Im weiteren war der Preisabschlag bereits beschlossen, ehe von dem Inhaber einer hiesigen Molkerei, der nicht einmal im Besitze der Handelslaubnisse ist, ein solcher der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Dieses Vorgehen ist nur als einen Versuch zu werten, Störungen in die an der Milchversorgung Beteiligten hineinzutragen, um daraus für sich Nutzen zu ziehen.

Wir geben die Zuschrift des Molkereiverbandes vollinhaltlich wieder, denn der erste Teil, der den Milchpreisabschlag mitteilt, wird von allen Milchkonsumenten begrüßt werden. Anders sieht es jedoch mit dem zweiten Teile. Er gibt so ein richtiges Bild davon, wem die Milchpreisherabsetzung der Molkerei Mauer nicht gefallen hat und wie man denjenigen verurteilt, der es wagt, mit einer Milchpreisreduzierung voranzugehen. Die Sprache, die im zweiten Absatz geführt wird, läßt doch allerhand Schlüsse zu. Die Milchkonsumenten werden derlei „Störungen“, von denen oben die Rede ist, nur begrüßen, denn sie führen wenigstens zu einer Milchpreisherabsetzung. Viel besser wäre es, man hätte die Herabsetzung des Milchpreises schon vorher beschlossen und durchgeführt, so daß es dieser „Störung“ gar nicht bedürft hätte. Im übrigen will es recht sonderbar dünken, daß ausgerechnet vom 1. Januar ab die Milchpreisreduzierung durchgeführt wird, trotzdem die Voraussetzungen dazu nach dem Urteil von sachverständiger Seite schon seit vielen Wochen gegeben waren.

Wie uns zu der Sache weiterhin mitgeteilt wird, wurden der Molkerei, welche mit der Milchpreisreduzierung voranging, allehand Schwierigkeiten bereitet. Man schickte sogar Spione aus, um Teil mit Autos, um nach dem „Rechten“ zu sehen. So wird also in Karlsruhe alles versucht, den Milchpreisabschlag zu „fördern“.

Ein ganz schlauer Milchhändler scheint derjenige zu sein, der durch Plakat bekanntgab, daß die Milch von jetzt ab 28 Pfennig das Liter kostet. Als er aber sah, daß seine Kollegen diesen Abschlag nicht mitmachten, setzte er den Preis wieder auf 28 Pfennig herauf. Diese Steigerung begründete er gegenüber seiner Kundschaft damit, daß die Kriminalpolizei ihm verboten habe, die Milch zu 26 Pfennig zu verkaufen. (!!) Er bekomme nämlich sonst die Konzeption entzogen! Mit dieser einfältigen und verlogenen Ausrede sucht sich dieser Milchhändler nun herauszureden.

Karlsruher Gerichtsbilder

Beleidigung des Polizeiwachpostens vor der Kaserne

Am 13. September kam der 45jährige Malermeister Hermann Kuntze, nachdem er sich zuvor in einer Wirtschaft gestürzt hatte, an der Polizeiwachposten in der Wollstraße vorüber. Dabei tat er die Aueberung gegenüber dem dort aufgestellten Wachposten: „Hier steht bald kein Wolk mehr. Ihr Faulenzler!“ Der betreffende Wolk hörte diese beleidigende Aueberung, ebenso wie ein anderer Polizeibeamter, der gerade an einem Fenster stand. Er verlangte die Feststellung der Personalien des Kritikers, der bald darauf ein Strafmandat über 50 Mark wegen Beleidigung ausgestellt erhielt. Ein zu Unrecht befristet fahrend, legte er Einspruch ein. Das Gericht verurteilte Kuntze wegen Beleidigung — trotz seiner angeblich volksfreundlichen Einstellung — nach § 185 zu 40 Mark Geldstrafe; dem Polizeipräsident wurde die Befehlsausfertigung, den verurteilten Teil des Urteils binnen acht Tagen nach Rechtskraft durch Anschlag an der Verkündungstafel öffentlich bekannt zu machen.

Ein Vötapparat bekommt Weine

Am 28. September vorbestrafter Wechner hatte am 18. November einen Schloffer aus dessen Werkstatt einen Vötapparat im Werte von 40 Mark entwendet und verkauft. Er wurde wegen Diebstahls im Rückfall zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Drei Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet.

14 Monate Gefängnis für einen Manfardeneinbrecher

Am 22. Oktober vorbestrafter lediger Kaufmann Wilhelm B. entwendete am 1. November in der eiferlichen Wohnung einem Jolkassanten, der dort in Untermiete wohnte, den Betrag von 20 Mark. Am 28. November brach er mittels Nachschlüssels im Hause Katterstraße 29 in die Manfarde eines Kinovorführers ein, wo er eine Sparbüchse mit 10 Mark Inhalt entwendete. Am 1. Dezember wurde er bereits wieder in Haft genommen. Bei seiner Vorführung vor dem Richter legte er ein Geständnis ab. Nach seiner ersten Vernehmung unternahm er aus dem Amtsgerichtsgebäude einen Fluchtversuch, der ihn jedoch nur bis zum Botanischen Garten führte, wo er wieder eingekerkert wurde. Heute stand er als rüchfalliger Dieb und Einbrecher vor den Schranken des Schöffengerichts (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Müller). Das Schöffengericht verurteilte ihn zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Wochen Untersuchungshaft.

Warentreueibetrag

Am 1. Dezember vorbestrafter 28 Jahre alter Werkzeugschmied hatte, obwohl erwerbslos, am 3. Dezember bei einer Firma in Dillendorf einen Rollen Silberbestand im Werte von 145 Mark befreit, wobei er wahrheitswidrig behauptete, er sei bei der Reichsbahn beschäftigt und werde den Rechnungsbetrag durch die Beamtentafel überweisen. Als bald nach Empfang des Postkastens trat er ihn aufs Leibhaus, wobei er ihn „verlohrte“. Den Erlös von 30 Mark verbrauchte er, während die betroffene Firma vergebens auf Befragung wartete. Er wurde wegen Betrugs im Rückfall zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Polizei berichtet:

In den gestrigen Abendstunden versuchten wiederholt kleinere Trupps von Kommunisten durch Sprechchöre Störungen zu verursachen. 4 Personen wurden dabei wegen Zwangsverhandlung gegen das Demonstrationsverbot festgenommen.

Betriebsunfall

Am 22. Dezember 1932 wurde gegen 17 Uhr ein Personenkraftwagen in der Kaiserallee in Höhe der Wendeltstraße beim Ueberholen eines Lastwagens von diesem gerammt und umgeworfen. Der Personenwagen wurde leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Diebstähle

Entwendet wurden in der Nacht vom 21. Dezember 1932 aus einem Garten im Stadtteil Mühlburg 2 weiße Stallhähnen im Wert von 10 Mark; desgleichen aus einem unterirdischen Hahnenstall ein Stallhahn im Wert von 3,50 Mark.

Fahrrad Diebstahl

Am 21. Dezember 1932 wurde aus einem Hofe eines Anwesens in der Auartenstraße in Herrenfriedhof, am gleichen Tage aus dem Hofe eines Anwesens in der Kaiserstraße ein Damenfahrrad entwendet.

In der Harbittstraße und Wessingstraße wurden von 2 Fahrrädern ein elektrischer Dynamo und eine Bohrstampe entwendet.

1200 Volksschüler werden beschenkt

Am Donnerstag nachmittag war wiederum der große Festsaal dicht gefüllt von Kindern. Der Karlsruher Frauenverein veranstaltete seine alljährliche Kinderbescherung an bedürftige Volksschüler. Zweihundert waren es diesmal, eine stattliche Zahl, und trotzdem nur ein Bruchteil von den Kindern, die bedürftig sind und zu denen auch in diesem Jahr kein Weihnachtsmann kommt. Ein hübsches Programm, das von älteren Schülern mit ihren Lehrern durchgeführt wurde, umrahmte die kleine Feierstunde. Selbstverständlich fehlte dabei auch nicht unsere bewährte Polizeitabelle unter Leitung von Herrn Obermühlmeister Hestler, die jetzt in der Weihnachtszeit sich fast täglich für Wohltätigkeitszwecke zur Verfügung stellt, was auch hier allgemein einmal anerkannt werden soll. Nach einem Orgelspiel von Herrn Kantor Ziegler und einem Musikstück der Polizeitabelle ergriß Herr Stadtschulrat Kimmelman dann das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache an die Kinder und gab seinem Dank an alle die Spender, die auch die diesjährige Bescherung ermöglichten, herzlichen Ausdruck. In seiner netten, sympathischen Art erzählte der Redner den Kindern, wie ungeheuer schwer es in diesem Jahre war, die notwendigen Gegenstände zu bringen. Alles steht im Zeichen der Not, deshalb gibt es auch keine Schokolade und keine „Gursee“, sondern lauter praktische Sachen. Wenn jetzt die kleinen Winde von Nintchen herkommen, dann sind unsere Kleinen froh um etwas Warmes, um einen guten Schuh, der dem Schneematsch stand hält und deshalb gibt es in diesem Jahr nur praktische Geschenke. Mit Zustimmung der Kinder lagte er dann nochmals allen Spendern herzlichen Dank im wärmlichen Blick des Scheinwerfers, dankte dann Mädchen aus der 5. Klasse der Habel-Margrafenschule einen sehr hübschen Reigen. Der Mädchenchor der Gutenbergschule unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Habertrich sang drei Weihnachtslieder, die außerordentlich geliebt sind. Ein Weihnachtsspiel „Mein Elends Weihnachtsraum“ von Karl Lieber wurde wiederum von Mädchen der Habel-Margrafenschule dargestellt. Ein Spiel von dem armen Elenden, das auf dieser traurigen Erde nichts für sein todtrautes Mütterchen tun kann, weil die Menschen hartherzig und selbsthüchtig sind und deshalb im Himmel die Erlösung findet. Gesprochen wurde das Gedicht von Herrn Karl Walter. Den Schluß bildete die Vereinerung der Mädchen, die bei allen bescherichten Kindern feste Freude auslösten.

Wohlgemutet waren die Kinder dann wieder nach Hause, für Stunden Hausarbeiten und Alltag vergessend.

Aus Organisationen und Vereinen

Alkoholfrage und sozialistische Bewegung

Aus Arbeiterabstinenzkreisen wird uns geschrieben: Die Sozialisten werden vom Bürgerum als Doktrinäre bezeichnet, die sich in ihre Ideen verrennen haben. Und innerlich der sozialistischen Arbeiterbewegung gelten die Abstinenz als Doktrinäre, ebenfalls als Leute, die eben wie andere dem Sport nachhängen, nun einmal den Stoff haben, Abstinenz sein zu müssen. Diese guten Leute, die die Abstinenz auf eine Stufe mit dem Sport stellen, verkennen aber völlig, daß eine ganze Reihe von Gründen vorhanden ist, die es dem Sozialisten zur Pflicht machen sollten, Abstinenz zu sein. Allein die Tatsache, daß in Deutschland 400 000 Familien vorhanden sind, die in doppeltem Glend dadurch leben, daß in der Familie ein Trunkstüchtiger lebt, wäre ein Grund, dem Alkohol den entscheidenden Kampf anzulegen. Um diesen Kampf zu fördern, veranstaltete der Arbeiterabstinenzbund am Dienstagabend einen guten achtigen Vortrag, über die Alkoholfrage und die sozialistische Bewegung. Genosse Dr. Kahn hielt das einschlägige Referat und wies an Hand der wissenschaftlichen Untersuchungen Krügelins nach, daß der Alkohol schlimme Wirkungen auf den Menschen ausübt. Sowohl die mediantischen wie die geistigen Leistungen der Menschen nehmen unter der Wirkung der kleinen Mengen Alkohol ab. Ubrasil, wo man Gefährte, eine gedanklosse Herde braucht, wird dazu Alkohol verwendet. Es ist traurig, daß die Trunkstüchtigen nicht nur im Bürgerum, sondern auch bei den Proletariaten allgemein eingekerkert haben. Bei unseren Feiern und Feierlichkeiten merkt man bis jetzt gar nichts, daß wir eine neue Kultur aufbauen wollen. Alles ist Abfahrsch der bürgerlichen Feste, weiter gar nichts. Wir wollen feste haben und sie sollen gewachsen sein aus dem proletarischen Erlebnis heraus und, wenn wir Sozialisten sein wollen, müssen wir uns von der häßlichen Trunkstüchtigkeit freimachen. Wir wissen, wir können

den die Genossen nicht von heute auf morgen zu Abstinenz machen, aber der Sozialist hat die Pflicht, die Alkoholfrage zu studieren und sich mit der Alkoholfrage zu beschäftigen, kommt früher oder später zu der Ueberzeugung, daß der Alkoholfremdsinn durch „Mahlzeiten“ nicht bekämpft ist.

Die trefflichen Ausführungen des Genossen Dr. Kahn werden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der anschließenden Diskussion betonte Genosse Hahn, daß man bei den Alkoholfremden Einbruch macht, wenn man Enthaltsamkeit predigt ohne selbst konsequenter Abstinenz zu sein. Genosse Hahn wies darauf hin, daß die Beweise dafür, daß Alkoholgenuß die Arbeiterbewegung ungeheuer schädigt und hemmt, sich dergehoß häufen. Genosse Dr. Geißler wies darauf hin, daß in Karlsruhe ein ärztliches Kränchen besteht, das keine gesellschaftlichen Zusammenkünfte von Alkoholfreien veranstaltet und daß die wissenschaftlichen Funktionen, die da regelmäßig gehalten werden, immer ein hohes geistiges Niveau haben aus der Tatsache heraus, daß die Helfer durch feinerer Alkoholgenuß bewirkt sind. Weiter sprach noch der Genosse Dr. Wolf, die Genossen Hahn und Genosse Deubel. Im Schlußwort betonte noch Genosse Dr. Kahn, daß wir als Sozialisten nicht die Täuflinge des Arbeiters wölen, der er durch den Alkoholgenuß anbetet. Wir wollen, daß er seine wahre Kräfteanlage erkennen und nach bleibt zur Ueberwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Mit Worten des Dankes an den Referenten schloß hierauf Genosse Hahn die interessante Besprechung ab.

Naturheilverein Karlsruhe

Der Verein hat seine Tätigkeit im Winterhalbjahr mit einem heranzugenden und sehr belehrenden Vortrag von Dr. med. Hermann Stettin über „Seelische Krankheiten“ begonnen. Hierbei wurde Zeit besonders berichtet worden. Am weiteren konnte der Verein 12 treuen Mitglieder, die der Bewegung schon seit 30 Jahren angehören, besonders feiern. Ein ehrendes Zeugnis für die Barmherzigkeit und die Tätigkeit der Naturheilbewegung und der Naturheiler rührigen Naturheilvereins. Im Rahmen eines gut besuchten Familienabends im Novad wurde den 12 Jubilarern unter ehrenvollen Worten des 1. Vorsitzenden, Herrn Goder Ehrenbrief und die silberne Bundeskennzeichnung überreicht. Ausgehend hatte Mitglied, Herr Photograph Engel einen Bildersport über Wanderungen im Schwarzwald gehalten, mit mundernollen Bildern in Triborgs weite Umgebung. Frau Konsortiumsleiterin Schöning-Stern verlas unter Begleitung des Kammerleiters am Landestheater, Herrn Kurt Hübner den Abend mit ausgeübten Liedern für Sopran, in denen ihr hohes Können zeigen konnten. Rudolf Schmittner brachte frohe Stimmung durch heitere Vorträge. Sehr nett und kimmungsvoll verlieh auch die für die Kleinen im Vöneranzen abgehaltene Nilofestfeier. Ein von Kindern des Vereins unter Herrn Hübner Leitung sehr gut vorbereitete Theaterstückchen „Der Weihnachtsmann in Nöten“, zu dem der tugendlichen Animatör Willi Kumpert ein viel bewundertes und winterliches Bühnenbild geschaffen hatte, führte mit seiner Handlung und mit seinen Schülern Zwergen, Engeln und dem Weihnachtsmann in der weihnachtliche Feste und brachte den vielen anwesenden Kindern und ihren Eltern mit seiner lustigen Schneeballschicht rechtliche Weihnachtsstimmung. Gemeinsame Weihnachtsfeier und Besuch des lieben Nikolaus mit keinem Schützen voller Gefühle, die er für die Kleinen zurückließ, beschlossen die stimmungsvollen Feier.

In der Frauengruppe des Vereins herrscht lobenswerter Eifer und Zusammenhalt. Es werden in den wöchentlichen Besprechungen im Reformrestaurant Krifen nicht nur die Bandarbeit gepflegt, sondern auch aktuelle Fragen aus dem Gebiet der Naturheilbewegung — Krankenpflege, Massage usw. — besprochen. Über die Erfahrungen bei einem zehntägigen Kursus in der Naturheilbewegung unter Leitung von Frau Suhr sowie von Herrn Hübner und Knittel erfreuen sich großer Beliebtheit und guten Beifalles.

Am 17. Januar wird ein Vortrag eines der führenden Mitglieder der Naturheilbewegung, Herrn Dr. med. Rüdiger, Leiter der Naturheilanstalt St. Ali in Wurman, über „Krisis der Medizin und Naturheilbewegung als Ausweg“ im Künstlerhaus stattfinden. Ferner ist im Februar ein Vortrag von Dr. med. Mattheus-Walden in Aussicht genommen. Ein fröhlicher bunter Abend die Winteraktivität des Vereins beschließen.

Hamstergeld und fluchtkapitalien kehren zurück

Seit mehr als Jahresfrist mußte in Deutschland der Kampf gegen das Geldhammern geführt werden. Dielem Kampf gegen ein erfreulicher Erfolg beschieden, denn in den letzten Wochen und Monaten sind, wie eine Reihe von Anzeichen erkennen läßt, die gehorteten Geldbeträge zu einem erheblichen Teil wieder in den Verkehr geflossen. Darauf läßt die allgemeine Entwicklung der Sparanlagen bei den Sparkassen, aber auch die Bewegung am Rentenmarkt schließen. Auch das in Ausland geflüchtete inländische Kapital hat heimlich bekommen. Die Betroffenen haben gemerkt, daß Kapitalflucht nicht ein schlechtes Geschäft ist, sondern daß die Vorstellungen der Sicherheit des Geldes im Ausland sehr übertrieben durchwachsen nicht immer zutreffend waren. Der Rückfluß von Hamstergeld und die Rückkehr der fluchtkapitalien ist die richtige Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise. Wirtschaftsbekämpfung kann nur Langsam eingeleitet, und das gut ist denn jede zu stark und künstlich geordnete Bekämpfung würde leicht die Gefahr einer Ubertreibung und Ueberhebung mit sich bringen. Die Vereinfachung bereits vorhandener, bisher in Strämpfen und Ästen zurückgehaltener Kapitalien für die Kreditgewährung an die Wirtschaft ermöglicht die Finanzierung einer geordneten Wirtschaftsbekämpfung. Gegen Projekte, die auf eine künstliche Kreditbeschaffung hinauslaufen, werden mit Recht schwerwiegende Bedenken erhoben.

Burckhard-Strümpfe

eine Klasse für sich!

Weich wie Wolle	- 95	Reine Wolle	1.60	Außen künstl. Waschseide, innen Wolle	1.80
---------------------------	------	-----------------------	------	-------------------------------------------------	------

Hier nochmals die billigen Preise!

Haselnüsse	Pfund	58
Haselnüsse in Schale	Pfund	30
Kokosraspeln	Pfund	29
Süße Mandeln	Pfund	1.10
Auszugsmehl 00	5-Pfund-Behälter	1.08

Malaga 1/2 Flasche nur 85 (ohne Glas)
Dürkheimer Rotwein 1 Liter nur 58 (ohne Glas)

Kunsthonig	Pfund	40
Sultaninen Ia	Pfund	70
Pflaumen	Pfund	23
Galipflaumen II.	Pfund	40

Unsere Feinkaffees
Perl Ia hocharomatisch 1.30
Kausch-Mischung II. 1.40

In Spirituosen und Weinen reiche Auswahl!

Unsere verehrte Kundschaft ein frohes Fest!

Thams & Garfs
G. m. b. H.
In allen Stadtteilen

Am Samstag, den 24. Dezember bleiben unsere Geschäftsräume von 12 Uhr ab geschlossen.

Reichsbankstelle

Städt. Sparkasse Karlsruhe

Unsere sämtlichen Kasernen und zwar die Sparkasse, die Girokasse und die Pfandleihkasse, sowie alle andern Diensträume sind am

30. Dezember ds. Js. nachmittags und am **31. Dezember ds. Js.** den ganzen Tag — des Jahresabschlusses wegen — geschlossen.

Karlsruher Familien-Krankenkasse
gegründet 1890

Unter staatl. Aufsicht
Telefon 4159

Filialen

Weststadt: Kriegsstr. 171 II
Mittestadt: Markgrafenstr. 51 III
Südstadt: Schützenstraße 38
Oststadt: Rgolfstraße 26 II
Rintheim: Ernststraße 78 I

Anmeldeformulare und Satzungen sind in obigen Filialen erhältlich

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einküfen stets die Leistungen dieser Zeitung!

Neu-Eröffnung Schuh-Frey
(vorm. Ch. Bock Nachfolger)
Kaisersstraße 52
Vorteilhafte Einkaufsquelle von Qualitätsmarken
Große Auswahl - Niedrige Preise

St. Jakobs-Balsam
„Echter“ zu Mk. 3.—
von Apoth. G. Frautmann, Basel
mittel ersten Ranges für alle wunderlichen Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Fiechten, Wolf, Frostbeulen, Sonnenbrand, Nachahmungen ausbleiben. In den Apotheken zu haben

Katzenelle
gegen Rheuma, e. c., Wärmelieblinden, elektr. Heilklassen, Wärmelassen etc.
J. Unterwagner Karlsruhe I. B., Passage 22/26
Banda 11 u. Orthopädie-Krankenkassenartikel

Felsbier
das Bier des Kenners
erhältlich in den hiesigen Verteilungsstellen des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe

RHEIN Nr. 45 EXPRESS

Die bebilderte 2farbige Wochenendzeitung

Aus dem Inhalt: So fressen und saulen sie — Politik der Woche — Was in der Welt passierte — Endlich wieder Arbeit — Ein Oberfall im Grunewald — Bilder der Woche — Wir spielen: Wie der Rheinexpress entsteht — Rangierer P. — Goldrausch in Ostafrika — Aus Plaidoyers — Ehe-Regeln — Der Fremde — Arzi-Anekdoten — Im Winter — Etwas faul im Reich des Films — Wie entsteht ein Tonfilm? — Friede auf Erden? — ... und den Menschen ein Wohlgefallen — Peters Weihnacht — Unter den Gescheiterten — In der Werkstatt des Baumschmucks — Heiteres Leben — Zum Raten — Die weiße Rose — Am stillen Herd — Kinderland

DER AKTUELLE REPORTER FÜR ALLE

Bezug durch:
Volksfreund G. m. b. H., Karlsruhe
Waldstraße 28. und unsere Filialleiter.

Für Geschenkzwecke
empfehlen wir

Pralinen	der besten in Pfd. 40, 25	20
Pralinen	Karton 1.-Mark und	75
Pralinen	Geschekpckg.	90 u. 45
Schokolade u. Katzenzungen	der besten Firmen in allen Preislagen	
Schokol.-Tannenzapfen	in Stano	5
Kremringe	und Krembrözen	29
Kaffee	aus eig. Rösterei stetig frisch gebrannt	60

Tafeläpfel	P. und	20 u. 17
Orangen	neue spanische (große Früchte)	Pfund 18
Mandarinen		Pfund 26
Tafeläpfel	in Cellophanpckg	15
Datteln	in Geschenkpackung	70
Tee	hervorragende Mischungen der verschiedensten Firmen, offen u. in Packungen	
Kaffee Hag	in Weihnachtsdos.	1.70

Feinste Wurst- und Käsewaren der verschiedensten Sorten in allen Preislagen
Zigarren, Zigaretten, Tabake in schönen Geschenkpackungen
auf Bestellung werden **Geschekkörbe** zusammengestellt!
Ferner große Auswahl in feinen **Likören** in 1/2 und 1/4 Flaschen.

Aus eigener Bäckerei empfehlen wir:
Früchtebrot Stück 35 und 18
Christtollen nach Dresdener Art zu RM. 1.15, 1.90, 2.05
Torten in allen Ausführungen zu RM 2.50 und 4.-
Kleine Törtchen in verschiedenen Geschmacksrichtungen Stück 20 Pfg.

Bestellungen von Kuchen, Torten sowie Christtollen für Weihnachten sind bis spätestens Freitag, den 23. Dezember, abends 7 Uhr, in den Verteilungsstellen aufzugeben.
Am Samstag, den 24. Dezember, sind unsere Verteilungsstellen durchgehend von 8 bis 18 Uhr geöffnet.
Warenabgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

1 Nähmaschine
Wohlfühler weiß 35
Gasbeid mit Tisch 10
H. Gasbeidofen 35
Berl. Miller Fernrohr

Mitlervereinigung Karlsruhe e. V.
Geschäftsstelle nur bei d. Winterstraße 26 II.
Geschäftszeiten jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“ jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserstr. jeweils von 6-7 Uhr

Ein zu sämtlichen Krankenkassen zugelassen

Josef Krug
staatlich geprüfter Dentist
Durlach, Hauptstr. 81, Tel. 361

Der Herr
mit dem Mantel von **Tietz gekleidet:**
von den Damen bewundert,
von den Männern beneidet!

Herren-Hausjoppen in allen Preislagen!

Volkschor „Liedesfreiheit“ Rastatt
Am Sonntag, 26. Dezember abends 7 Uhr im Hotel „Kreuz“

Weihnachts-Feier
Musik, Gesangsvorträge, Darbietungen des Kirchenchors, Theater

Ertlinger Anzeigen

Bekanntmachung.
Zur Erhebung von Reichsbeiträgen und Gegenbeiträgen, Abänderung von Gläubigerlisten und dergl. werden in der bisher üblichen Weise freiwillige Beiträge zur Aufnahme an die Firmen dieser Stadt auf der Reichsbeiträge entgegengenommen.
Bei der großen Zahl von Betritten und Familien, die auf öffentliche Fürsorge angewiesen sind, ergeht an Alle, die dazu in der Lage sind, die herliche Bitte, diesem Aufruf Folge zu leisten.
Die Namen der Geber, die ihre Beiträge spätestens bis zum 31. Dezember 1932 abliefern wollen, werden veröffentlicht werden.
Ertlingen den 2. Dezember 1932
Der Bürgermeister

Beellen Sie sich!
eiden, modern, bequem, Schlafzimmern, Kompletten mit innen- und außen drehbarem Spiegel, prima Schreinerarbeit, 210,- neu, bar. Zu erfragen unter Str. 6396 i. Volksfreund.

Gebrauchte MOEBEL
alle Art Haut u. verhuft
Schirrmann, Markgrafensstraße 43

Müllabfuhr
Am Montag, den 26. Dezember 1932 (Weihnachtsfeier) wird ein Müll abgeholt. Zu dieser Zeit werden die Behälter abgeholt. Am 27. Dezember werden die Behälter abgeholt. Die Behälter müssen am 27. Dezember abgeholt werden.
Der Bürgermeister

Bertold-Bräu
Holl-Export u. Lagerbier
als Festtrunk

Moninger Karlsruhe
Fernruf 6444

Herren-Ski
neu, preisw. zu betr. 280,-
Laubach Str. 25 V.

Kameraden
zu erfr. „Weihnachtsfeier“ im Rastatt.

Herren-Ski
Schöner warmer Herren-Ski für nur 12,- zu bet. 75,- V. erfr.

In jeder Familie nur den Volksfreund

Meine guten billigen

Weine

Feiertage!
in Lit. Flaschen und oft von Fall verlangen Sie bitte die neue Weinpreislage.
Wichtig! Nach 1.12.32 5% Rabatt

BUCHERER
in sämtlichen Filialen